Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonntagen, Abonnementpreis für Berlin frei bei's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 55 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Verzeichnungsliste für 1886 unter Nr. 789.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Reuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Wir machen alle Arbeitervereine, welche bisher nicht jede einzelne Versammlung anzumelden brauchten, weil „deren Zeit und Ort im Voraus feststand“, darauf aufmerksam, daß sie nach der neuesten Bekanntmachung des Staatsministeriums für jede Versammlung zwei Tage vorher eine Genehmigung einholen müssen. Sonst verfallen sie einer Geldstrafe bis zu 1000 Mark. — Die bisher üblichen Bescheinigungen über die regelmäßig stattfindenden Versammlungen der Fachvereine u. s. w. sollen, wie wir hören, von der Polizei zurückgefordert werden.

Zur landwirthschaftlichen Frage.

Vor einigen Tagen wurde im Abgeordnetenhaus über die landwirthschaftliche Frage verhandelt, und die Meinungen, die da zu Tage traten, sind sehr interessant für Jeden, der mit Aufmerksamkeit der Entwicklung unserer sozialökonomischen Zustände zu folgen bemüht ist. Es war nämlich von dem nationalliberalen Abgeordneten Knebel beantragt worden, die Regierung möge Maßregeln vorschlagen „gegen die Ausbeutung und Uebervertheilung, welcher die wirthschaftlich schwächeren Bevölkerungsklassen, namentlich auf dem Lande, bei Geld- und Kreditgeschäften, sowie bei dem Handel mit Grundstücken und Vieh vielfach verfallen.“ Im Anschluß daran war die Einrichtung von ländlichen Sparkassen gefordert, denen man dann die Aufgabe stellen wollte, den Landwirthen Kredit zu geben und auch die Kreisparlamente sollten, wie der Antragsteller sagte, zu diesem Zwecke herangezogen werden. Diese Rassen sollten sich an die Reichsbank anlehnen und auf diese Weise der nothwendige Kredit für die Landwirthschaft gesichert werden.

Daraus geht zunächst hervor, daß das gegenwärtige Wucherergesetz fast gänzlich unwirksam ist, und die glänzenden Hoffnungen, welche die konservativen Politiker an das Gesetz knüpften, sind eitel Täuschung gewesen. Das ist gleich bei Erörterung jenes Antrages gesagt worden; damals hätte man aber für alle Begehrten nur ein überlegenes Mädel. Jetzt ist man schon bedeutend ernster geworden.

Der nationalliberale Antrag wurde abgelehnt, nachdem, wie vorhergesehen, Herr von Puttkamer sich dagegen erklärt hatte, daß mit den Kreisparlaments so gefährliche Experimente gemacht werden sollten. Dagegen wurde beschlossen, daß die Regierung auf Errichtung von Kommunal-Sparkassen hinwirken solle, durch welche der Sparsinn ge-

fördert und dem „gesunden Kreditbedürfnis“ Rechnung getragen werden könne.

Daß der Antrag Knebel eine „Verstaatlichung des Ruhhandels“ sei, wie Herr Dirichlet sagte, können wir nicht einsehen. Die Herren Manchestermänner riechen überall Verstaatlichung und erheben gleich darüber ein Geschrei wie die Gänse des Kapitols, als sei Alles in Gefahr, verstaatlicht zu werden. Der Antrag Knebel ist nichts mehr und nichts weniger als eines jener geringfügigen Palliativmittel, mittels derer man der verfallenden Landwirthschaft aufzuhelfen sucht und die aus der Verlegenheit des Augenblickes entspringen. Ob der Ruhhandel in den Händen des Staates besser aufgehoben wäre, als in den Händen derer, die ihn gegenwärtig betreiben, darüber läßt sich streiten. Sicher ist nur, daß die Debatte über den Knebel'schen Antrag deutlich zeigte, wie liberale Manchestermänner und konservative Staatssozialisten der landwirthschaftlichen Frage gegenüber gleich rathlos sind und gleich wenig wissen, wie der Landwirthschaft gründlich aufgeholfen werden kann.

Thatsache ist, daß der Grundbesitz in unverhältnismäßig hohem Grade hypothekarisch belastet ist, wie auch Herr von Schorlemer-Alst in seiner Rede konstatairte. Und diese Verschuldung schreitet fort von Jahr zu Jahr. Wenn es auch Gegenden mit sogenannten fetten Bauern giebt, so stehen diesen andere Striche entgegen, wo die Landwirthschaft nur mit äußerster Mühe überhaupt noch ihre Existenz zu fristen vermag. Man lese nur die Veröfentlichungen, die zeitweise in Bayern über die Zwangsversteigerung von Grundstücken erfolgen, und man wird staunen, wie rasch die Ueber Verschuldung vorwärts schreitet. Wie verkehrt überhaupt das Verhältniß der Landwirthschaft zu unseren Betriebsystemen ist, geht schon daraus hervor, daß man auch heute noch eine reiche Ernte als ein Unglück betrachtet, weil dann die Bodenprodukte sehr billig werden und vielfach liegen bleiben. Eine vernichtendere Kritik unserer bestehenden ökonomischen Verhältnisse kann es nicht geben, als diese Thatsache, die auch von Herrn von Schorlemer angeführt wurde. Statt sich zu freuen und glücklich zu sein, wenn die Mutter Erde ihre Gaben reichlich spendet, sehen Viele mit Furcht einer reichen Ernte entgegen — natürlich der Konkurrenz wegen. Jeder Grundbesitzer wünscht, daß seine Ernte eine möglichst gute, die aller Konkurrenten aber eine schlechte sei. So stellt sich das alleinseligmachende Prinzip des Individualismus in der Landwirthschaft dar.

Herr von Schorlemer sagte: „Der zu hoch verschuldete Grundbesitz ist überhaupt nicht zu retten.“ Welch eine Zukunft! Aber das haben Andere schon vor Herrn

v. Schorlemer gesagt, und sie haben auch gesagt, daß die Verschuldung eine allgemeine wird. Es ist schmerzhaft, wenn der Grundbesitz auf diesem Wege in den Großbetrieb übergehen muß; wenn man aber nicht den Rath zu entscheidenden Maßregeln hat, so giebt es eben keinen anderen Weg. Der glückliche, wohlhabende, zufriedene Parzellenbauer ist immer ein Ideal der konservativen Politiker gewesen und sie haben in ihm die festeste Stütze für ihre Systeme gesucht. Allein dieser vergnügte und wohlhabende Parzellenbauer ist heute schon vielfach eine veraltete Erscheinung; er paßt gar nicht mehr in unsere Zeit hinein, die unaufhaltsam dem Großbetrieb zuströmt. Die Zahl der Parzellenbauern, die sich in erträglichen Verhältnissen befinden, nimmt ab; viele von ihnen wandern aus oder werden Tagelöhner und so nimmt die Zahl der Parzellenbauern überhaupt ab. Daß der Wucher einen großen Theil der Schuld an dem Niedergang der Landwirthschaft trägt, ist richtig, aber immerhin nur einen Theil. Denn die Hauptschuld an dem Verfall trägt eben das ganze Bewirtschaftungssystem von heute und andererseits auch die sinkende Konsumtionskraft der Massen. Wenn die Arbeiter in den Städten nichts oder wenig verdienen, müssen es die Bauern draußen auf dem Lande so gut mit büßen, wie die Kaufleute in der Stadt. Das den Bauern einzupaulen wäre an der Zeit; sie wollen es nur sehr schwer begreifen. Aber es wird ihnen durch die Thatsachen schon noch eingepaukt werden und die wachsende Verschuldung des Bodens ist eine sehr eindringliche Lehre.

Wir haben schon öfter betont, daß die Interessen von Stadt und Land gemeinsame sind. Möge man auf dem Lande dies endlich begreifen und nicht auf die Stimmen der Reaktionen hören, die zwischen Stadt und Land eine hinesische Mauer errichten wollen.

Der Ministerialerlaß.

Seit Sonntag besteht der neueste Ministerialerlaß in Kraft und seit diesem Tage wissen wir auch, daß die Regierung jede Arbeiterbewegung mit Gewalt unterdrücken will. Die Versammlung der Bimergesellen Berlins und der Umgebungen, welche am Sonntag Vormittag in der Tonhalle stattfanden, wurde polizeilich verboten. Die Maurer-Versammlung auf Tivoli, welche der Maurergeselle Kroll zu Sonntag Vormittag polizeilich angemeldet hatte, ist am Sonnabend Nachmittag durch folgende Verfügung des besten Polizei-Präsidenten verboten worden: „Es werden hierdurch in Kenntniß gesetzt, daß die von Ihnen zum Sonntag, den 16. d. M., Vormittags 10 Uhr, nach dem Lokale „Tivoli“ einberufene öffentliche Maurer-Versammlung in Gemäßheit des Erlasses des königlichen Staatsministeriums vom 11. d. M.,

hatte mir nur nie gedacht, daß er mich so ganz vergessen könnte.“

„Und wenn ich Ihnen sage, daß er Sie nicht vergessen, daß er da draußen im fremden Land geschäftig und gearbeitet hat wie ein braver, ehrlicher Mann, daß es ihm anfangs sauer, recht sauer wurde, daß er sich aber keine Mühe verdrücken ließ, bis er endlich doch seinen Zweck erreichte und nicht allein durch eifernen Fleiß, sondern auch glückliche Spekulation und Umsicht ein Vermögen erwarb, mit dem er anständig hier in Deutschland leben könnte?“

„Und in seinem Glück hat er unserer gedacht?“ sagte die Frau leise und faltete wie unwillkürlich die Hände.

„Mehr als das“, fuhr Kottack herzlich fort; „es ließ ihm draußen in Brasilien keine Ruhe. Immer stand das Bild seiner verlassenen Familie vor ihm, und wie er sich endlich ein freier, unabhängiger Mann wußte, verließ er die Fremde und kehrte nach Deutschland zurück.“

„Er ist hier?“ rief Henriette rasch, und die Frau bedeckte ihr bleiches Antlitz mit den Händen.

„Er ist hier“, sagte Kottack leise, „hier in der Stadt, und hat mich, der ihn draußen in Brasilien kennen lernte, zu Ihnen hergeschickt, um Sie zu fragen, ob Sie ihm verzeihen wollen — ob er sein Kind wiedersehen darf.“

Henriette hatte ihr Antlitz an der Mutter Schulter geborgen, und diese antwortete nicht; sie lag still und regungslos, aber die großen, hellen Thränen liefen ihr unter den Fingern weg, an den bleichen Schläfen nieder und neigten das Köpfchen, auf dem sie lag.

„Nicht wahr, der Vater darf wiederkommen, liebe, liebe Mutter?“ bat das Kind, indem sie die Weineinde festig umschlang — „hast Du nicht manche lange Nacht in Thränen zugebracht, daß er fort war, und mir oft gesagt, wie er sich freuen würde, wenn er mich, sein Zeitchen, einmal sehen könnte? — Und dann wird es Dir auch besser gehen“, küßte sie ihr leise zu, „Du wirst gesund und kräftig werden und brauchst keine Sorge mehr zu tragen, Dir nichts mehr zu versagen, wie doch so oft bisher.“ Die Frau nahm die Hände von den Augen, öffnete ihre

Feuilleton.

Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

(Fortsetzung)

„Dürfte ich da Ihre Zeit wohl auch einmal in Anspruch nehmen, mein liebes Fräulein,“ sagte der junge Mann, „und Sie um einen Kranz von diesen Weilchen und solchen Raiblumen bitten? Ich weiß, daß ich große Freude damit anrichten würde.“

„Ja, Herr Graf,“ sagte in dem Augenblick Pfeffer, der mit einer noch nie entwickelten Schnelligkeit seinen beiden mitten in's Zimmer geschleuderten Schlafrock abgeworfen und den langen braunen Rock angezogen hatte — „aber nur jetzt nicht; das Mädel hat sich schon halb kaputt an dem verdammten Ball gearbeitet.“

„Ich werde Sie nicht drängen,“ lächelte Kottack, „und wenn ich den Kranz erst in vier oder sechs Wochen bekommen.“

„Sie sollen ihn noch früher haben,“ lächelte Henriette freundlich; „nur die nächsten Tage bin ich so sehr beschäftigt.“

„Und was war es nun, Herr Graf, was Sie uns zu sagen wünschten?“ platzte Fräulein Bassini heraus, die ihre Ungebuld, das erwartete Geheimniß zu hören, nicht länger beschämen konnte.

„Sie haben recht, mein Fräulein,“ sagte Kottack ernst. „Pfeffer, ich habe Ihrer Frau Schwester eine wichtige Mittheilung zu machen, was eigentlich unter vier Augen geschehen sollte; da aber die arme Dame leidend ist, so erbitte ich mir Fräulein Henriettes — nicht wahr, das war der Name der jungen Dame? — Fräulein Henriettes Gegenwart dazu aus, da sie ja selber mit interessiert dabei ist.“

„Sehr wohl, Herr Graf,“ sagte Pfeffer, der die Anbeutung nicht mißverstehen konnte — „na, komm so lange mit zu mir hinüber, Biß.“

„Aber wir gehören doch eigentlich mit zur Familie!“ rief Fräulein Bassini, von dem Gedanken empört, daß sie schon wieder nichts erfahren sollte.

„Na, komm nur, Alie,“ lachte Pfeffer, „das hilft Dir nichts, ich lasse Dich drüben nicht einmal horchen — aber noch Eins, Herr Graf — bitte machen Sie's kurz und regen Sie mir die Gasse nicht zu sehr auf; sie zittert jetzt schon am ganzen Leibe!“

„Ich habe ihr nichts Trauriges mitzutheilen, mein lieber Herr,“ sagte Kottack freundlich — „sien Sie versichert, daß Alles, was ich zu sagen habe, auf die schonendste Weise gesagt werden wird.“

„Bon,“ sagte Pfeffer, und Fräulein Bassini — die doch nicht mit Gewalt da bleiben konnte, obgleich sie einmal nicht übel Lust dazu zu haben schien — bei der Hand nehmend, verließ er mit ihr das Zimmer.

„Zeitchen!“ rief die Frau.

„Meine liebe, liebe Mutter!“ rief Henriette, flog an ihre Seite und kniete vor ihr am Sopha nieder.

„Beruhigen Sie sich, verehrte Frau,“ sagte Kottack herzlich, „ich habe Ihnen eine recht gute Mittheilung zu machen. So erfahren Sie denn vor allen Dingen, daß ich Ihre Familienverhältnisse genau kenne und sogar persönlich befreundet mit ihrem geschiedenen Manne bin.“

„Und er lebt?“ sagte die Frau zitternd.

„Er lebt,“ nickte Kottack freundlich, „und hat nicht allein seine frühere aberreichte Handlung tief und aufrichtig bereut, sondern auch Alles gethan, was in seinen Kräften steht, um sie, so weit es irgend möglich ist, wieder gut zu machen.“

„Und so lange Jahre habe ich nichts von ihm gehört — hat er nicht ein einziges Mal nach seinem Kind gefragt?“

„Meine liebe, gute Mutter, rege Dich nur nicht auf!“

„Aber wo ist er?“ fragte die Frau — „wird er nie wieder nach Deutschland zurückkommen?“

„Würden Sie ihm verzeihen, wenn er wiederkehrte?“

„Was kann ich ihm verzeihen,“ sagte die Frau traurig — „wir waren Beide damals jung und unerfahren, — wir waren Beide damals gleichviel Schuld — ich —

publiziert am 13. d. M. in Nr. 112 des „Berliner Intelligenz-Blatt“, der 48 Stunden vorher einjubelnden politischen Genehmigung bedarf. Diese Genehmigung wird nicht erteilt.“ Gestern Abend sollte in den Landberger Bierhallen eine Arbeiterinnen-Versammlung tagen, zu welcher die erbärmlich schlecht gestellten Näherinnen auf Anabernarzüge und Herrenhosen speziell eingeladen waren. Die Tagesordnung lautete: „Die Lohnverhältnisse und deren Aufbesserung.“ Gestern ging nun Frau Cantius, der Einberuferin dieser Versammlung, folgender ablehnende Bescheid zu: „Die von der Unternehmerin Frau Florentine Cantius nachgesuchte Genehmigung zu einer Versammlung der Arbeiterinnen in dem Lokale Landbergerstraße 82 wird hiermit untersagt. Berlin, den 15. Mai 1886. Kgl. Polizei-Präsident v. Richthofen.“ Charakteristisch ist auch das Versammlungsverbot des Arbeiter-Bezirksvereins für den Osten Berlins. Dieser Verein, der größte seiner Art, wollte gleichfalls am Dienstag tagen. Als Referenten hatte man den ursonserativen, zuletzt bei Don Jofse Gremer vorgeprochenen Herrn von Ubisch gewonnen. Genannter Herr, dessen Bestimmung über allen Zweifel erhaben ist, gedachte über sein Lieblings-thema: „Die Mißstände der Feuerversicherungs-Gesellschaften“, zu sprechen. Daß man Herrin von Ubisch als Referent erwählt, geschah theils aus sachlichen Erwägungen, theils, um zu zeigen, daß, wenn es sich um ein Thema eigener Art handelte, die Arbeiter keinen Werth darauf legen, ob der betreffende Redner konservativ, liberal oder sozialdemokratisch ist. Trotzdem das Verbot. — Von einem gleichen Mißgeschick wurde der Arbeiter-Bezirksverein „Unverzagt“ getroffen, der am Dienstag Abend in den Landberger Bierhallen eine Mitglieder-Versammlung abhalten wollte. — Verboten wurde die zu gestern Abend einberufene Versammlung des Arbeiter-Bezirksvereins der Oranienburger Vorstadt und des Wedding. — Die auf gestern einberufene öffentliche Versammlung der Steinträger ist polizeilich nicht genehmigt worden. Desgleichen die Versammlung der Tischler-Gesellen für heute, Dienstag.

Die „National-Ztg.“ hat es bis jetzt für unmöglich gehalten, daß Streiks für „öffentliche Angelegenheiten“ erklärt, Streikversammlungen demnach die Genehmigung verweigert werden könnten. Einige der genannten Versammlungsverbote werden sie vielleicht eines Besseren belehren. Noch mehr: Die Streikklasse der Stellmacher, einige siebzig Mann, ist polizeilich beschlagnahmt worden. Nichts als diese Maßregel noch nicht gegen Streiks?

Der „Hamb. Corr.“ schreibt in seiner letzten Nummer: „Wenn die Verlängerung des Sozialistengesetzes plausibel erscheint, der wird vor Allem doch auch die Konsequenzen desselben hinnehmen und sich fragen müssen: sollte die Regierung nicht durch ganz gewichtige Gründe zu einer Verschärfung der Handhabung des gegen die gefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gerichteten Gesetzes bestimmt worden sein? Man wird diese Frage unbedingt bejahen können, (1) wenn auch eine Prüfung dieser Gründe wünschenswerth, ja unter Umständen notwendig erscheint. Aber hiesige es nicht, die Exekutive direkt lahm legen, wollte man sie zwingen, das ihr zu Gebote stehende Material ohne Weiteres der Öffentlichkeit zu unterbreiten? Daß man in Berlin sich nicht leichtfertig dazu entschließt, weitere und schärfere Konsequenzen des Sozialistengesetzes zu ziehen, kann mit Sicherheit angenommen werden.“ Wenn es nach diesen national-liberalen Mannesfeelen ginge, brauchte also die Regierung nicht einmal Gründe für ihr Verhalten anzugeben!

Politische Uebersicht.

Ist ein Streik eine öffentliche Angelegenheit? Die „National-Zeitung“ verneint diese Frage. Wir wollen hier gar nicht untersuchen, ob die „N. Bzg.“ in theoretischer Beziehung recht hat — darauf kommt es bekanntlich in unserer Gesellschaft auch gar nicht an. In Wirklichkeit aber hat die „Nat.-Bzg.“ unrecht; sie scheint überhaupt seit fünfzehn Jahren geschlafen zu haben. Denn seit dieser Zeit schon befinden sich die gewerkschaftlichen Vereinigungen, die Gewerkschaften und die Fachvereine, im fortwährenden Kampfe mit den deutschen Behörden, welche diese Vereine denunciren, sie betreiben öffentliche Angelegenheiten und träten dennoch mit einander in Verbindung. Die Gerichte haben sich durchweg auf die Seite der Behörden gestellt und zahlreiche Verbote längst vor dem Sozialistengesetz ausgesprochen. Und dies geschah nicht allein bei Vereinigungen, welche in den Lohnkampf eintreten wollten, sondern auch bei solchen, welche lediglich auf gegenseitige Unterstützung, Reiseunterstützung u. s. w. gegründet waren. Wenn die „Nat.-Bzg.“ recht hätte, daß heißt in Wirklichkeit, so brauchten derartige Vereine auch gar nicht polizeilich angemeldet, sie dürften polizeilich nicht überwacht werden, was ja jedenfalls recht angenehm für die Teilnehmer und auch bei allen friedlichen Bestrebungen ganz in der Ordnung wäre, sich aber sicherlich nicht des Beifalls der „Nat.-Bzg.“ erfreuen würde. — Wie gesagt, ist die obige Frage eine reine „Doktorfrage“, die in der

Arme, umschloß ihr Kind damit und preßte die Lippen auf ihre heiße Stirn.

„Ja, mein Kind“, sagte sie dabei leise, „er darf wieder kommen — wir haben Beide recht viel ohne einander ausgestanden, recht viel, der Eine mehr, der Andere weniger — aber wir haben uns doch einmal geliebt, und es ist gut, wenn wir da nicht in Groll von einander scheiden.“

„Meine liebe, gute, gute Mutter!“

„Aber nicht heute“, fuhr die Mutter fort, „nicht heute — die Nachricht hat mich doch zu sehr angegriffen — ich würde es vielleicht nicht ertragen, oder Jeremias doch zu sehr erschrecken, wenn er mich gar zu elend sände — heute nicht, aber morgen früh. Es ist besser so für uns Beide — wir haben Beide Zeit, uns zu sammeln und darauf vorzubereiten — nicht wahr, er kommt nicht heute, lieber Herr?“

„Er soll nicht heute kommen, verehrte Frau“, sagte Rottack, der mit inniger Rührung die Bewegung von Mutter und Tochter beobachtet hatte, aber Zarigefühl genug besaß, um kein Wort da hinein zu reden. „Sie dürfen sich nicht zu sehr anstrengen und aufregen, aber seien Sie auch versichert, daß Sie Ihre Freundlichkeit nicht bereuen. Jeremias ist ein braver, tüchtiger Mann geworden, älter zwar und ziemlich wohlbeleibt — wenn Sie noch ein anderes Bild von ihm in der Erinnerung tragen —, aber durchaus brav und ehrlich, und er könnte glücklich sein, wenn ihn die Neue über das Vergangene nicht bis jetzt hätte zu keinem Frieden kommen lassen.“

Henriette hatte, während er sprach, zu ihm aufgesehen, und freudige Dankbarkeit über die guten Worte glänzten dabei in ihren Zügen.

„Und wie sollen wir Ihnen je dafür danken, daß Sie sich fremder, armer Leute mit solcher Liebe und Güte annehmen?“ sagte sie herzlich.

„Mir, mein liebes Fräulein, haben Sie gar nicht zu danken“, lächelte Rottack; „es ist einmal meine Bestimmung auf der Welt, mich eigentlich um lauter Sachen zu kümmern, die mich gar nichts angehen, und um so mehr durfte ich hier die Hand bieten, wo ich Ihren Vater seit langen Jahren kenne und in seinem Wirken und Schaffen

Prozis längst durch Polizei und Richter gelöst ist, welche entschieden haben, daß Streiks als „öffentliche Angelegenheiten“ im Sinne des preussischen, sächsischen u. s. w. Vereinsgesetzes zu betrachten sind.

Ueber den Werth der Streiks läßt die „Frankf. Bzg.“ in Hinblick auf die amerikanische Arbeiterbewegung sich dahin aus, daß ganz abgesehen von der enormen Kraft und Berthvergrößerung, welche mit einer ausschließlichen und systematischen Streikpolitik verbunden sei, das Wohl des Arbeiters nicht dauernd gefördert werden könne. Ferner aber könne eine allgemeine und durchgreifende Förderung sozialer Fragen nicht durch die zersplitterte, zweischneidige Aktion von Massenstreiks, sondern nur durch gesetzgeberische soziale Reformen erreicht werden! Diese Ansicht unterstützt die „Nordd. Allg. Bzg.“ durch die Bemerkung, daß es schade, als ob die „Frankf. Bzg.“ diese Erwägungen nur auf die amerikanischen Arbeiter angewendet wissen wolle. — Wir wissen nicht, daß die „Frankf. Bzg.“ so sehr streikwüthig in Bezug auf die deutsche Arbeiterbewegung ist — wir haben dies wenigstens bis jetzt nicht gefunden. Aber das wissen wir, daß die „Nordd. Allg. Bzg.“ und ihr Anhang in Deutschland immer seltener derartige Erwägungen, wie sie oben die „Frankf. Bzg.“ macht, scharf bekämpft haben. Die Arbeiter sollen keine Politik treiben, sie sollen ruhig ihre Lohn- und Arbeitszeitfragen besprechen und sich dann ruhig verhalten — so löste es immer aus den reaktionären Reihen. Wenn die „Nordd. Allg. Bzg.“ und die Reaktion jetzt ihre Ansichten geändert haben, so ist das ganz schön. Wir werden ja bei den nächsten Reichstagswahlen sehen, ob es der „Nordd. Allg. Bzg.“ mit dieser Uebersetzung ernst ist, sie wird dann hoffentlich ihre brüsklen Angriffe auf die Arbeiterpartei unterlassen, die durch ihr Eintreten für ihre Kandidaten doch in der Hauptsache bezweckt, „gesetzgeberische soziale Reformen“ zu erreichen und dadurch das verwerthliche Streikwesen überflüssig zu machen. Das ist überhaupt seit Jahren ein Hauptziel der deutschen Arbeiterbewegung und dieses Hauptziel ist seither immer von den Nachhabern bekämpft worden, denen die gewerkschaftliche Streikbewegung viel lieber war, als die sozial-politische Arbeiterbewegung. Ist nun nach dieser Richtung hin eine Aenderung in den Anschauungen der maßgebenden Kreise eingetreten, so soll uns das im Interesse einer gesunden Entwicklung der Arbeiterklasse und des Volkes überhaupt sehr lieb sein. Aber wir zweifeln an solcher Aenderung, wir glauben nämlich nach den neuesten Ministerial-Erläufen, daß man die gewerkschaftliche Streikbewegung, als auch die sozialpolitische Arbeiterbewegung gleichmäßig haßt und sie zu beeinträchtigen sucht.

Ueber die Branntweinsteuer-Vorlage, wie sie im Bundesrath abgeändert worden ist, macht das „Berl. Tabl.“ — freilich nicht die zuverlässigste Quelle — einige Mittheilungen: Danach ist die Maßraumsteuer nicht in der von der Vorlage gewählten Form, sondern in der Gestalt angenommen, daß die bisherige Maßraumsteuer um 10 Prozent herabgesetzt wird; es soll nämlich ein diesem Verhältnis entsprechender Steuerfreiraum steuerfrei bleiben; dagegen bleibt die Exportsteuer in der bisherigen Höhe von 16 M. An der Konsumsteuer der Vorlage ist nichts geändert. Zu Gunsten der kleinen Brennereien wurden ferner besondere Erleichterungen beschlossen. Den süddeutschen Staaten ist nach einer gestern angenommenen Schlußbestimmung der Eintritt in die norddeutsche Branntweinsteuer-Gemeinschaft freigestellt worden. Für den Fall ihres Betriebes soll das neue Gesetz auf dieselben Anwendung finden, natürlich vor allem die Bestimmungen, wonach der Reinertrag nach Abgabe der Kopfzahl an die Einzelstaaten vertheilt werden soll, sowie die Bestimmung über die Konsumsteuer der jetzt bestehenden Brennereien. Bei der Beschlußfassung theilten sich die süddeutschen Staaten der Stimmabgabe.

Die Pladerelen unter der neuen Konsumsteuer werden in der Eingabe der hannoverschen Korndreher an die hannoverschen Abgeordneten wie folgt geschildert: „Man wird dann nicht allein die Einmischung kontrolliren, man wird kontrolliren, wie viel wir produziren; do, wo Sprit zugekauft wird, um ihn mit dem eigenen Fabrikat vermischt zu rektifiziren, wird man sowohl diese Manipulation, wie auch das Lager der zugekauften Waare auf's peinlichste überwachen. Ist der Branntwein endlich durch die Mälzung in den Keller gegangen, dann wird man das Lager kontrolliren, wird kontrolliren, wie viel davon an den Wiederverkäufer, wie viel an den Konsumenten verkauft, wie viel von uns selbst verbraucht ist, wird Rechenschaft fordern über das zuweilen recht große Manko, das wir uns meistens selbst nicht erklären können. Man wird ferner unsere ganze Kundschaft kontrolliren, um zu sehen, ob deren Angaben auch mit den unseren übereinstimmen; kurzum, es wird eine solche Belästigung abgeben, daß wir von Herzen wünschen müssen, man möge doch nur gleich den ganzen Betrag von uns in der Brauerei erheben, denn wir werden durch Auflegen des Preises die ausgelegte Steuer viel bequemer von den Wirthen zurückhalten, als wenn der Staat sie direkt von ihnen einzieht. Und da wären wir ja wieder bei der Fabriksteuer angekommen, denn das wäre ziemlich gleichbedeutend mit der Fabriksteuer.“

beobachtet habe, ohne freilich damals zu ahnen, welchen Verpflichtungen er sich hier entzog. Und darf ich ihm jetzt wenigstens einen Gruß von Ihnen bringen?“

„O, einen recht herzlichen!“ rief Henriette.

„Er mag kommen“, nickte die Frau, „morgen früh um zehn Uhr — nicht früher — ich will ihn dann erwarten. Grüßen Sie ihn auch von mir, lieber Herr, sagen Sie ihm aber auch, wie Sie die junge Frau, die er verlassen hat, wiedergefunden haben — er soll nicht erschrecken — ich bin recht alt und schwach in den Jahren geworden.“

„Aber jetzt wirst Du wieder gesund werden, Mütterchen?“

„Wir wollen's hoffen, Kind“, sagte die Frau leise.

„Und jetzt überlasse ich Sie sich selber“, rief Rottack, „und wenn Sie mir erlauben, komme ich später noch einmal mit Freund Jeremias her, um zu sehen, wie es Ihnen geht, und — um mich nach dem Kranze zu erkundigen, mein liebes Fräulein.“

„Und den Vater?“

„Schick ich Ihnen morgen früh um zehn Uhr mit dem Glodenschlage.“

Und damit hatte er seinen Hut aufgeziffen und das Zimmer schon verlassen, ehe die Frau noch einmal recht wußte, daß er gegangen war.

Kaum trat er aber unten aus dem Hause auf die Straße, so sah er auch, wie Jeremias am Fenster drin in die Höhe fuhr, und er schritt jetzt, um nicht von oben aus noch vielleicht beobachtet zu werden, rasch die Straße hinab, wo ihn der ihn Erwartende schon leicht einholen konnte.

Dieser kam aber noch nicht so rasch aus dem Hause hinaus. Wie er den jungen Grafen nur aus der Thür kommen sah, von welcher er die ganze Zeit kein Auge verwandt, sprang er in die Höhe, griff seinen Hut auf und wollte, alles Andere verlassend, aus der Thür hinausfahren.

„Holla“, rief da der Kellner, ihm rasch in den Weg springend, „erst bezahlen und dann fortlaufen!“

„Ja so“, sagte Jeremias ganz bestürzt, „das hätte ich beinahe vergessen.“

Die Stellung des Zentrums zur neuen Schnapz-vorlage im Reichstage wird durch das Kanzlerblatt in folgendem gezeichnet: „Indem nun der Reichstag nochmals für vor diese Frage gestellt steht, ist die Situation insofern verändert, als jetzt für die eine der ausschlaggebenden Parteien im Wesentlichen ein Grund nicht mehr besteht, sich an jener prinzipiellen Opposition zu betheiligen. Man wird also hoffen dürfen, daß für diese Aufgaben die Steuerreform die Temperatur im Reichstage eine angenehme sein wird, als sie es noch im vergangenen Winter gewesen.“ Das ist auch unsere Meinung trotz der Rabomontaden der „Germania“ und der übrigen Zentrumsblätter. Ebenso wird die Regierung nach Ranoöfa gegangen ist und der römischen Kirche ein Kompliment gemacht hat, ebenso wird das Zentrum diese angeblich politische Partei, auf Befehl des Papstes sich der Staatsgewalt beugen.

Sozialdemokratisches. Der „Frankf. Bzg.“ schreibt aus Mannheim, 14. Mai. In den letzten Tagen sind hier eine ausgebreitete „Kazja“ auf Sozialdemokraten statt, d. h. wurden zahlreiche Hausdurchsuchungen nach verbotenen Schriften vorgenommen, allerdings, wie wir hören, mit keinem anderen als dem bei der Schlaubeit unserer Sozialdemokraten selbst verständlichen negativen Resultate. Was in der That festgestellt worden ist, dürfte zudem bald wieder zurückgegeben werden.

Oesterreich-Ungarn.

Die österreichische Presse beschäftigt sich ausnahmslos mit dem plötzlichen Abbruch der politischen Verhandlungen Oesterreichs mit Rumänien. Während ein Theil der Presse sich darauf beschränkt, auf die wirtschaftlichen Nachteile hinzuweisen, welche die fortgesetzte Unterbindung des Handelsverkehrs nach sich ziehen müsse, sieht ein anderer Theil in dem Hollriege eine politische Gegnerschaft Rumänien Oesterreich sich entwickeln, welche für die Stellung Oesterreich auf der Balkanhalbinsel bedenklich werden könnte. Im Ausschusse erklärte übrigens der interimistische Leiter des Handelsministeriums, Freiherr v. Buzwald, daß politische Bewegungen bei dem Abbruch der österreichisch-rumänischen Handelsverhandlungen nicht in Betracht kommen konnten, zumal die politischen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien vollkommen befriedigend seien, und auf beiden Seiten ein aufrichtiger Wunsch bestehe, dieselben vor einer Trübung zu bewahren. In der Sitzung des Ausschusses vom 13. v. M. will er zu andere Gründe als aus rein handelspolitischen Interessen die in Rumänien über die handelspolitische Angelegenheit erregte Stimmung, im Gegensatz zu der österreichisch-ungarischer Seite statgefundenen objektiven Beurteilung, die Haltung der rumänischen Regierung bedauerlich habe dünste. Frhr. v. Buzwald sagte ferner in Betreff eines jener Punkte der Verhandlungen, welche die rumänische Regierung zum Anlasse des Abbruchs genommen, nähere Erläuterungen bei Beantwortung der Interpellation Plener's.

Der Ausschuß des ungarischen Oberhauses für die Beratung des Landsturmgesetzes nahm die Vorlage der General- und Spezialdebatte an.

Schweiz.

Der Züricher Schlofferstreik umfaßt gegen die Arbeiter. Da es nun größtentheils Ausländer sind, beschloß die Volksgemeinde, von Montag ab Ausweisungen aller ausländischer und beschäftigungslosen Schloffer vorzunehmen, welche sich der öffentlichen Agitation gegen die Arbeitgeber betheiligen. In 4 Werkstätten ist „Hausfriedensbruch“ begangen worden. Die „Frankf. Bzg.“ meldet hierbei: „Die Meister und die arbeitenden Gesellen wurden beschimpft; letztere mochten noch, unter polizeilichem Schutz die Werkstätten zu verlassen. In der schon erwähnten gestrigen Meisterversammlung wurde behauptet, daß selten ein Streik so ohne Noth und so leichtlich hervorgerufen worden sei. Bei einer ganzen Reihe von Meistern sei nicht über 10 Stunden gearbeitet worden, die Löhne beständen sich auf 4 Franken. Die 70 Meister hätten an dem Angebot eines Stundenlohns von 40 Ct. und an dem Vorbehalt eigener Regulirung der Arbeitszeit. Der Montag nicht wieder arbeitet, ist entlassen; von den Anführern nicht wieder angenommen. Durch 200 Fr. Buße an ihre Rathen verbinden sich die Meister gegen Gelüste zum Nachgeben.“

Italien.

Vom 14. zum 15. Mittags kamen in Venedig 5 Choleraerkrankungen und 6 Choleraodesfälle, in Bari 9 Choleraerkrankungen und 5 Choleraodesfälle, in Brindisi 2 Choleraerkrankungen und in Osimi 1 Choleraerkrankung vor.

Belgien.

Das „Berl. Tabl.“ bringt folgende Sensationsnachrichten die mit der Brillantraubgeschichten an Glaubwürdigkeit versehen dürfte: „Die Unzufriedenen in Belgien facieren seit etwa einem Monate mit großer Vorliebe auf Straßensitzen zu verlegen, wenigstens kann man gegenwärtig ziemlich jeden Tag von neuen und unerklärlichen Feuerbräunungen

„Ja wohl, kennen wir schon“, lächelte der unverwundliche Bursche — „merkwürdig, was die Leute jetzt beim Markt für ein kurzes Gedächtniß — na, aber,“ brach er ab und erkaunt ab, als ihm Jeremias, ohne sich weiter um ihn aufzuhalten, ein Zehnroschenstück in die Hand drückte, ihn bei Seite schob und aus der Thür schob — „er wird doch nicht...“ — und mißtrauisch sah er sich überall nach der Stelle, wo der Fremde geblieben hatte, nach den verschiedenen Gegenständen um, ob er nicht vielleicht in der Eile etwas mitgenommen hatte, — aber es war noch keine Ordnung; das Feuerzeug stand, die Zeitung lag auf dem Tisch, ein Stuhl fehlte auch nicht, Röcke und Hüte lagen dort nicht am Fenster. Der Kellner schüttelte mit dem Kopf, war aber doch vorsichtig genug, das Zehnroschenstück, welches sich ebenfalls als echt erwies, zu wechseln und den wirklich verzehten Betrag des sonderbaren Fremden die Kasse abzulesern.

Jeremias hatte sich indeß kaum losgemacht, als er schon wie ein Wetter hinter dem davoneilenden Rottack herfuhr.

„Waren Sie oben?“

„Allerdings — kommen Sie erst mit um diese Ecke Jeremias, daß wir vom Hause aus nicht mehr fortgehen werden können — so, jetzt dürfen wir langsam gehen.“

„War oben, Freund, und habe Ihre Frau — und gesprochen.“

„Meine Tochter!“ seufzte der kleine Mann aus tiefster Brust — „wie merkwürdig das klingt — meine Tochter und darf ich hinaus?“

„Ja — aber nicht heute.“

„Gott sei Dank!“ stöhnte Jeremias, dem damit ein ordentlicher Stein von der Brust fiel — „heute hätte ich mich nicht ausgehalten, die Aufregung war zu groß.“

„Wie sah sie aus, lieber, besser Herr Graf?“

„Recht lebend, Jeremias, recht fröhlich und dankbar, wozu auch vielleicht die Erregung des Augenblicks beigetragen hat. Aber sie freute sich darauf, Sie wieder zu sehen.“

„Sie freute sich?“

„Ja, und Ihre Tochter ist ein liebes, herrliches Kind.“

In den b...
verloffen...
Freier we...
stah in de...
vorgefall...
Abklärung...
von Unter...
juch...
Recherche...
beobacht...
Richtungen...
Politik ge...
nichts ni...
Aus...
daß die...
wegen d...
dieser Fr...
schloß, ab...
übertraf...
des Nach...
während...
zurück...
zur...
kenntlich...
nie man...
es zu er...
den Zee...
nach den...
nur alle...
auf Brot...
Arbeiter...
Das W...
Streit...
3000 Fr...
mit 1355...
50 Btl...
Armenbe...
dingung...
aufgezo...
Doppeln...
ung wi...
doppelt...
zwei Da...
Stadtha...
einer S...
100 Btl...
diese un...
würden...
— Noch...
die sich...
gelebt...
zeugung...
erbitte...
sagte m...
wolle v...
schon w...
Bl...
viel als...
Verband...
bemüht...
gewinne...
Gambro...
en die...
in Belg...
habe mi...
denen...
zieht, u...
und S...
Organ...
der Bl...
Die der...
werden...
Roffener...
sch Ung...
als sie...
Interess...
Frieden...
geboten...
zurück...
Ein...
an die...
Das E...
Cometu...
von 371...
Gezogen...
der Fra...
und Dr...
einer Fr...
das bei...
Hühner...
schick...
scheint...
aus, wi...
halb ni...
„U...
habe ih...
Sie nic...
Sie dar...
abgelau...
„D...
hoch er...
gleich...
auch da...
„V...
ich glau...
man M...
schon z...
Legen...
Laut au...
das v...
die Gar...
hinab...
zurück...
Leman...
„D...
haben...
heute...
Dame

Soziales und Arbeiterbewegung.

„Praktische Arbeiterpolitik“ — so schreibt der „Münchener Gemeindegänger“ — das ist in neuerer Zeit ein viel ge-, noch mehr aber mißbrauchtes Schlagwort, mit welchem sogar hochgeborene und hochwürdige Herren es nicht verschämten, um die Gunst, will sagen Stimmen, der einst so gründlich verachteten Schuster- und Schneidergesellen zu buhlen. Je nach dem Stand des Arbeitgebers wechselt auch die Gestalt der „praktischen Arbeiterpolitik“. Wir wollen für heute eine kleine Illustration der „praktischen Arbeiterpolitik“ aus einer Schusterwerkstätte liefern. Ein hiesiger Schuhmachermeister beschäftigt zwanzig Gesellen. Diese zwanzig Gesellen haben bis jetzt nach alter Sitte ihr Bodensleder, unter welchem Kunstausdruck der Schuhmacher das Leder zu den Sohlen, Absätzen etc. versteht, geklopft. Heute klopfen sie nicht mehr. Das ist schön, wird der geneigte Leser ausrufen, denn das Klopfen hat die Schuster nur didorbig gemacht und ihr Trommelfell zu arg mißgeronnen. Gut, aber welchen Ersatz hat der Schuhmachermeister geschaffen? — Er ging her und kaufte seinen Arbeitern eine „Walmaschine“, welche das Leder, das bisher geklopft werden mußte, walzt. Die Arbeit, die vordem 10 bis 15 Minuten in Anspruch nahm, ist jetzt in wenigen Sekunden gethan. Famos, nicht wahr? Der Arbeiter hat leichtere Arbeit, er ist weniger geschunden und der Arbeitgeber hat auch seinen Profit: er wird leistungsfähiger und kann in Folge dessen seine Arbeiter besser bezahlen. So denkt der einfache, gemeine Mann, aber — er denkt verkehrt. „Da giebt's keine Würfel ne!“ Ein Arbeiter sieht auch ein Mensch, und man vergißt total, daß so eine Maschine nicht zu dem Zweck erfunden wurde, den Arbeitern ihre Arbeit zu vereinfachen, sondern den Unternehmern auf Kosten der Arbeiter die Konkurrenz zu erleichtern. Wo läme denn da unsere nationale Industrie hin, wenn so gottlose Ansichten, als seien die Maschinen ursprünglich zur Vereinfachung der menschlichen Arbeit erfunden, Geltung erzielten? Unsere ganze Industrie würde ruiniert, denn der Zweck derselben ist ja nicht, möglichst viele Arbeiter zu beschäftigen und damit in's Brot zu legen, sondern möglichst viele entbehrlich zu machen, damit der Gewinn für die Unternehmer um so größer wird. Und im Einklang mit dieser neuen „sozialwissenschaftlichen“ Lehre handelt heutzutage ein jeglicher Unternehmer. Auch unser Schuster. Und um recht geschäftsmännlich zu verfahren, muß er auch noch darauf sinnen, wie seine Maschine, die ihn dreihundert Mark kostet, nicht von ihm, sondern von seinen Gesellen bezahlt wird.

Die Sachen „sein helle“, aber die Münchener sind auch keine Thoren und so erzählt uns einer, der die betreffende Werkstätte so genau kennt wie seine Hosentasche, daß der bewußte Schuhmachermeister von jedem seiner Arbeiter für Benutzung bewußter Walmaschine pro Paar Schuhe, Stiefel oder Stutzen 20 Pf., schreibe zwanzig Pfennig sich bezahlen lasse. Da nun jeder Arbeiter das mechanische Ungeheuer mindestens sechs Mal wöchentlich benutzen muß — denn geklopft darf nicht mehr werden — so trägt dem Herrn bei zwanzig Gesellen seine Menschentreue nicht wöchentlich vierundzwanzig Mark ein, ein mühseloser Nebenverdienst, der „auch nicht schlecht“ ist.

Ja dreizehn Wochen Wachen wäre somit die Maschine bezahlt.

Nun sage jetzt Einer, daß das keine „praktische Arbeiterpolitik“ ist!

Die Frauenarbeit auf den königlichen Gruben in Ober-Sachsen soll völlig abgeschafft werden. Die Steinkohlengrube „Erbreich“ bei Königshütte hat den Anfang gemacht und alle Arbeiterinnen entlassen. Auf den übrigen Staatsgruben steht die Entlassung nicht bevor. Die belgischen Unruhen scheinen also doch nach einer Richtung hin von Nutzen gewesen sein. Mögen die Privatbergwerke bald nachfolgen und diesen Flecken, der auf der Bergwerksindustrie basiert, gleichfalls abwaschen.

Die Zimmergesellen in Köln haben einen leichten Sieg errufen. Die Innungsgemeinschaft von Köln, Mülheim und Raal haben sich nämlich bereit erklärt, vom nächsten Sonnabend an täglich 3,75 M. als Minimallohn zu zahlen. Die Zimmerleute erklärten sich einverstanden und haben die Arbeit wieder aufgenommen.

An die Böttcher (Küper) Deutschlands. Am 12. d. M. haben sämtliche hier auf Brauereien arbeitende Böttcher wegen Nichtbewilligung nachstehender Forderungen die Arbeit eingestellt: Arbeitszeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, inkl. 1/2 Stunde Frühstück, 1 Stunde Mittag und 1/2 Stunde Rast. Der Lohn beträgt wöchentlich 24 M., für den ersten Böttcher 26 M. Ueberstunden sowie Sonntagsarbeit 50 Pf. pro Stunde. Sonntagsarbeit ist nur in dringenden Fällen statthaft. Der Lohn wird an jedem Sonnabend um 6 Uhr ausgezahlt. Die Lohnkommission der vereinigten Böttcher Hamburgs und Umgegend. Die Kollegen allerorts werden dringend gebeten, Zugang sein zu halten. — Sämtliche arbeitsfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Der Formerkreuz hier selbst dauert un verändert fort und ist die Haltung der Streikenden eine ganz vorzügliche, und obwohl von Seiten der hiesigen Presse schamlos denunciiert und

beständig zwischen Süd und Nordwest umhergesprungen. Von 5 Uhr Nachmittags an fiel das Barometer sehr rasch, bis es auf Sturm zeigte; dann begann so heftiger Regen zu fallen, daß auf den Straßen eine Banke entstand. Der Orkan dauerte etwa 70 Minuten; in dieser Zeit segte er durch das Ranganarets Thal, entwurzelte Hunderte von Bäumen, brach die Dächer ab und riß mehrere große Wälderegebäude zu Boden. Bei einem der letzteren wurden zahlreiche Leute, größtentheils Frauen, unter den Trümmern begraben, so daß 13 als Tote und einige 40 mit schweren Verletzungen aufgefunden wurden. Der Wind wehte mit solcher Gewalt, daß die Leute auf den Straßen umgerissen und Herbedahnwaggons und große Maulthierkarren umgeworfen wurden. Während der Nacht heftete die größte Vermirung, da alle Telegraphen- und Telephonleitungen zerissen waren und deshalb keine rasche Hilfe geleistet werden konnte. Nach einer am Donnerstag Morgen aufgestellten Schätzung der Verletzten betrug die Zahl der Toten fast 100, die der Verletzten 250, jedoch scheinen diese Zahlen etwas zu hoch gegriffen zu sein, wenigstens berichtet ein Nachmittags ausgegebenes offizielles Bulletin, daß in Madrid 34 Personen getödtet, 78 schwer und 104 leicht verletzt worden sind. Aus den Vorstädten fehlen die Berichte noch. 120 Personen haben in den städtischen Krankenanstalten Aufnahme gefunden.

Bestrafung des Hochverraths in England vor 150 Jahren. Hierüber finden wir in „Johann Häber's Realem Staats-, Handlungs- und Konversationslexikon“, welches 1737 bei Felz Bader in Regensburg erschien, folgende interessante Notiz: „Hochverrath, High Treason, heißt in Großbritannien so viel, als eine Conspiration wider den König, die Königin, ihre Kinder und den Staat. Hierunter ist auch begriffen die Ermordung des Groß-Kanzlers, Groß-Schatmeisters u. d. m. Ferner die Sünde der Unzeit mit der Königin, ältesten königlichen Prinzeßin und des Kron-Prinzens Gemahlin. So dann auch die Anklage des Rieges wider den König, Verstandnis mit des Königs Feinden, Nachmachung des königlichen großen und kleinen Siegels, und die Verschönerung oder Prägung der Münze. Dieses Verbrechen wird in Großbritannien vor das abschreckendste gehalten, und auch am härtesten bestraft, indem ein solcher Uebeltäter auf einem Karren unter den Galgen geführt, und dann aufgehängt, aber lebendig wieder abgelassen, ihm das Eingeweide aus dem Leibe gerissen, das Herz um das Maul geschwitten, und verbrannt, das Haupt abgehauen, und der Kopf geortheit und Stückweise an öffentlichen Orten aufgesteckt wird.“

Ministerium des Innern versprach der Privatsekretär von Mr. Childers, daß das Dokument ohne Verzug der Königin zugestellt werden würde.

Balkanländer.

Die Vertreter der bloßredenden Mächte haben nicht gestattet, daß die griechischen Baderboote die Abgeordneten aus den Häfen und von den Inseln zu den Kammerberatungen nach Athen bringen. Der Charakter der Wolabe ist ein strenger. Die Bezeichnung der serbischen Parteien als Fortschrittspartei, liberale und radikale Partei ist geeignet, ferner Stehende irre zu führen. Da diese Parteien im Zusammenhang mit den jüngsten Slupschina-Wahlen öfter genannt wurden, verlohnt es sich wohl, das Wesen dieser drei Parteien kurz zu charakterisieren. Das Ziel der sogenannten Fortschrittspartei, welche gegenwärtig noch am Ruder steht, befindet, ist, nach der „Nat. Zig.“, hauptsächlich die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Dasselbe soll möglichst rasch der Erzeugnisse der westlichen Kultur theilhaftig gemacht werden, Eisenbahnen, Chauffeen, Bank- und Kreditinstitute, gute Schulen aller Grade, wohlausgestattete und verwaltete Städte etc. erhalten. Natürlich kostet die Ausführung dieses Programms, zu dessen Verwirklichung Vieles bereits geschehen ist, große Summen; die Einführung neuer, die Erhöhung alter Steuern ist notwendig geworden, und die Achillesferse von Garaschanin's Regiment ist eben das Finanzwesen. Seine Steuerpolitik hat bekanntlich vor einigen Jahren einen absonderlichen Niedereingeworfenen Bauernaufstand herbeigeführt. Die Liberalen unter Ristitch müßten eigentlich Konservativen heißen; ihr Ideal ist eine starke Regierung, ihre Neigung gilt Rußland; neuerdings haben sie sich den Radikalen genähert, mit welchen zusammen sie auch ein gemeinsames Wahlprogramm aufgestellt haben; ihre Absicht ist, auf den Schultern der Radikalen sich zur Herrschaft tragen zu lassen. Die Radikale Gruppe aus jungen, im Auslande gebildeten Leuten besteht, welche dort die gewöhnlichen republikanischen und sozialistischen Ideen eingesaugt haben. Die gesamte radikale Partei steht insbesondere dem Recht des Königs, 40 Kammermitglieder zu ernennen (dasselbe ist von Ristitch in die Verfassung gebracht), feindselig gegenüber; bekanntlich hat dieses Recht hauptsächlich bei den jüngsten Wahlen Garaschanin aufs Neue eine Mehrheit verschafft. Im Uebrigen sind die Radikalen zugleich die Verfechter altslawischer Institutionen, sowie die Hauptträger des großserbischen Gedankens.

Amerika.

Nach einer residenten Schätzung „Bradstreet's“ vom 14. d. beträgt die Gesamtzahl aller an der Bewegung für Kürzung der Arbeitszeit Theilnehmigen 340 000. 190 000 haben aus diesem Grunde gestreikt, während nur 42 000 von ihnen Erfolg hatten. 15 000 haben eine kürzere Arbeitszeit ohne Streik erhalten. Die Anzahl derjenigen, welche keine Kürzung der Arbeitszeit durchgesetzt hat, beläuft sich auf 148 000.

Der Gouverneur des Staates New-York hat das Gesetz bestätigt, welches die Konzession für die Broadway-Bahn wegen verübter Beschöpfung annullirt. Die Eigenthümer der Bahn haben einen Prozeß angestrengt, um die Konzession derselben zu verhalten. Genehmigt wurde dagegen vom Gouverneur die Broadway-Verlängerungs-Eisenbahn-Bill. Dieselbe konzessionirt die Erbauung einer unterirdischen Bahn unter dem Broadway. Als Triebkraft soll Elektrizität benutzt werden, und erhält die Stadt 3 Prozent der Reineinnahmen. Die Arbeiten werden binnen Kurzem ihren Anfang nehmen, und sind schon hinreichende Kapitalien für das Unternehmen gezeichnet.

Kommunales.

Nachstehende Petitionen sind bei den Kommunalbehörden eingegangen: 1) Vom Bezirksverein der Schönhauser Allee, betreffend Errichtung einer höheren Bürgerschule in der Gegend der Schönhauser Allee. — 2) Die Zeichner, Bureau-dienner, Schlossschlichter und Kontrolleure sowie der Ober-Telegraphist bei den städtischen Wasserwerken petitioniren um Aufnahme in das Pensionsreglement für Angestellte der wirtschaftlichen etc. Gemeindegewalt der Stadt Berlin, die Bureau-dienner der städtischen Wasserwerke außerdem um Gleichstellung mit den Bureau-diennern bei der Hauptklasse der städtischen Werke. — 3) Der Vorstand der hiesigen Nordmarchen-Innung verlangt Fernhaltung des Verkaufs von Handwerker-Artikeln und Industrie-Erzeugnissen aus den Marktständen.

Zu Armenunterstützungszwecken sind bei der Hauptstiftungskasse im Monat April cr. eingegangen: An Vermächtnissen und Geschenken: 22 480,22 M.; aus Kollektengeldern: 749,05 M.; aus schiedsmännlichen Verträgen, Pensionen etc.: 440,50 M. In Summa also 23 669,77 M.

„Allerdings, mein lieber Herr,“ sagte Jeremias schüchtern, denn die Leute blieben schon stehen, weil sie glaubten, daß sich dort ein paar zankten, „aber ich muß Ihnen bemerken, daß ich gar nicht taub bin; ich höre vortrefflich, Sie brauchen deshalb nicht so laut zu reden.“

„Thu' ich auch nicht Thretwegen,“ schrie der Mann wieder, „sondern meinetwegen!“

„Thretwegen?“

„Nein, meinetwegen!“ brüllte der entsehlige Mensch jetzt ordentlich — „ich bin der Souffleur beim hiesigen Theater!“

„Na, das nehmen Sie mir aber nicht libel,“ sagte Jeremias — „wenn Sie da auch so schreien...“

„Das ist ja eben der Teufel,“ rief der Mann wieder — „wenn man den ganzen Tag Probe und Abends Auf-führung hat und nun in einem fort flüstern und zischeln muß, dann thut's Einem nachher um so wohler, wenn man einmal ordentlich schreien darf! Ich kriegte eine Gemüths-krankheit, wenn ich mich über Tag nicht manchmal aus-schreien könnte!“

„So,“ sagte Jeremias, „also deshalb?“

„Wo gehen Sie denn hin? — Können vielleicht ein Glas Bier zusammen trinken.“

„Dante Ihnen sehr!“ rief Jeremias, von der Idee erschreckt, seinen Nachmittags mit dem Schreier zuzubringen — „ich bin augenblicklich gerade beschäftigt.“

„So?“ schrie der Mann wieder — „na, dann — leben Sie recht wohl!“ und mit den Worten nickte er ihm zu und trat in das nächste Schhaus, das auf einem Schilde draußen „Bairisch Bier“ versprach.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Orkan in Spanien. Ueber die Verheerungen, welche am Mittwoch durch einen Orkan in Spanien herbeigeführt worden sind, liegen jetzt ausführlichere Nachrichten vor. Das Wetter war den Tag über schwül gewesen, das Thermometer hatte 28 Grad. Belust im Schatten gezeigt, und der Wind war

in den belgischen Zeitungen lesen. So wurden u. A. in der verflochtenen Woche in Fesenne bei Beauring 17 Häuser durch Feuer vernichtet; in der Gemeinde Tessenderloo bei Hasselt sind in den letzten 8 Tagen nicht weniger als 20 Brandstiftungen vorgefallen, so daß eine allgemeine Panik der dortigen Bevölkerung sich bemächtigt hat. Eine Gerichtskommission hat sich von Hasselt aus an Ort und Stelle gegeben, um eine Untersuchung einzuleiten, aber vorläufig vermochten die eifrigsten Recherchen noch nicht auf die Spur der Urheber jener Verbrechen zu führen. Von dem epidemischen Auftreten der Brandstiftungen hat man in unserer Presse bis dahin noch keine Notiz genommen, man beschränkte sich darauf, dieselben wenigstens nicht vollständig mit Stillschweigen zu übergehen.

Frankreich.

Aus Decazeville wurde unter dem 14. telegraphirt, daß die Grubengesellschaft, welche 24 Stunden Bedenkzeit wegen des Schiedsgerichts verlangt hatte, bis zum Ablauf dieser Frist, 11 Uhr, keinen Bescheid ertheilte, woraus man schloß, sie nehme das Schiedsgericht nicht an. Die Streikenden, überrascht und ergrimmt, gaben ihrer Unzufriedenheit im Laufe des Nachmittags durch wiederholte Hochrufe auf den Streik Ausdruck und hielten des Abends eine Versammlung ab, in welcher die Delegirten beauftragt wurden, dem Abgeordneten Louis das Schiedsrichteramt wieder zu entziehen. Die Erkenntnis, daß die Gesellschaft nicht so willig ist, zuzugreifen, wie man erwartet hatte, stimmte die Arbeiter trotzta. So ist es zu erklären, daß mehrere Vorschläge gemacht wurden, welche den Zweck hatten, den Streik möglichst lange auszudehnen; nach dem einen sollte die Verteilung der Lebensmittel sofort nur alle zwei Tage stattfinden und nach dem andern dieselbe nur alle drei Tage beschränkt werden. Daraus geht klar hervor, daß die Arbeiter selbst ihre Hilfsmittel für raschen Erfolg halten. Das Wohlthätigkeitsbureau — nicht zu verwechseln mit der Streik-Kasse — hat von mehreren Seiten eine Summe von 3000 Frks. erhalten. Am 11. Mai wurden 1262 Familienmütter mit 1358 Frks. 50 Bts., am 12. Mai 1284 mit 1469 Frks. 50 Bts. unterstützt; es bleiben also nur noch 152 Frks. in dem Armenbeutel. — Die Grubenarbeiter, deren Delegirte die Bedingung stellten, daß Alle ohne Unterschied wieder in Gnaden aufgenommen werden sollten, geben sich im Grunde nicht der Hoffnung hin, daß im Augenblick des Ausgleichs diese Forderung wirklich erfüllt würde. Deshalb ist man in Decazeville doppelt erfreut darüber, daß der Credit foncier der Gemeinde zwei Darlehen, das eine, 119,720 Frks., für den Bau eines Stadthauses, und das andere, 135,855 Frks., für den Bau einer Schule gewährt will. Man nimmt nämlich an, daß 100 bis 200 Streikende nicht amnestirt werden, und hofft, diese und ihre Familien, im Ganzen vielleicht 800 Personen, werden bei den Bauten Beschäftigung und Unterhalt finden. — Nach den neuesten Nachrichten hat die Grubengesellschaft, die sich offenbar Herr der Lage fühlt, das Schiedsgericht abgelehnt. Natürlich herrscht in Decazeville eine große Aufregung. Aber auch in Paris ist man gegen die Gesellschaft erbittert, welche die Arbeiter aushungern und sich absolut gefällig machen will. Die Streikfonds geben nämlich in Decazeville vollständig zu Ende und 400 Arbeiter haben die Arbeit schon wieder aufnehmen müssen.

Großbritannien.

Gladstone sucht die zweite Lesung der irischen Vorlage so viel als möglich hinauszuschieben, um die Gegner durch private Verhandlungen zu spalten. Nach der „Frankf. Zig.“ soll er demüthig sein, Parnell für gewisse Ansichten Chamberlains zu gewinnen, um schließlich Chamberlain noch zu verführen. Chamberlain und Hartington haben nach einem Telegramm an die „Köln. Zig.“ die Beschlüsse der Orangisten-Landgebungen in Belfast in offenen Sendschreiben gebilligt. Chamberlain habe mit dem Selbstebewußtsein des zukünftigen Ministerpräsidenten geschrieben: „Wenn Gladstone heute Abend nicht nachgiebt, so wird der kommende Kampf sich um die Ansprüche und Stellung von Ulster drehen.“ — „United Ireland“, das Organ der Parnelliten, schrieb neulich: „Mit der Verwerfung der Bill würde die Nachsicht der irischen Bill ein Ende finden. Die den Grundbesitzern ausgebreitete Hand würde zurückgezogen werden. Der beschwichtigende Einfluß, der während der verflochtenen neun Monate die fast verzweifelnden Pächter, demog. sich Ungerechtigkeit und unerschwinglichen Pachtzinsen, so gut als sie es vermochten, zu süssen, würde seine letzte Pflicht im Interesse des Friedens gethan haben. Die Quisbretten wurde Frieden, Behaglichkeit, Würde und eine gute runde Einnahme geboten. Sie haben das Angebot mit unheilbarer Bosheit zurückgewiesen. Das wird niemals wieder gemacht werden.“ Eine von 30 000 Frauen in Ulster unterzeichnete Petition an die Königin wurde im Ministerium des Innern abgegeben. Das Schriftstück, worin die Königin gebeten wird, der Parnell-Bill ihre Zustimmung zu verweigern, hat eine Länge von 371 Metern. Der erste Name auf der Liste ist der der Herzogin von Abercorn, den Adel vertrittend; der zweite, der der Frau Knox, Gemahlin des Bischofs von Down, Connor und Downpatrick, die Kirche vertrittend; und der dritte derjenige einer Frau Henderson aus Belfast, das Volk vertrittend. Im

das heißt, kein Kind mehr, sondern ein großes, erwachsenes, hübsches Mädchen.“

„Ein hübsches,“ sagte Jeremias kleinlaut.

„Ja, gewiß,“ lächelte Rottack, „und außerordentlich geschickt im Blumenmachen, womit sie sich ernährt zu haben scheint. In ihrem Zimmer sah es dabei so nett und sauber aus, wie in einem Puppenstübchen, ärmlich zwar, aber deshalb nicht minder freundlich.“

„Und morgen?“

„Dunkel zehn Uhr morgen früh sind Sie oben — ich habe ihnen das versprochen, denn ich kann bei der Sache man nichts weiter thun, und um zwei oder drei Uhr kommen Sie dann bei mir vor und sagen mir Antwort, wie Alles abgelaufen.“

„Ach, Du lieber Gott,“ seufzte Jeremias, wenn es doch erst zwei oder drei Uhr wäre, und — was ich noch gleich fragen wollte, die orangefarbene Schwägerin war auch da?“

„Ja, aber ich schickte sie aus dem Zimmer.“

„Und was sagte Pfeffer?“

„Der Pfeffer scheint ein lomischer Kauz zu sein, aber ich glaube, daß Sie sich mit ihm vertragen werden — und nun Ade, Jeremias, ich habe selber zu Hause zu thun und schon zu viel Zeit hier versäumt.“

Lieber Herr Graf, wenn Sie einmal in ähnliche Verlegenheit

„Ich hoffe nicht, Jeremias,“ lachte der Graf Rottack laut auf, „wenn aber, so sollen Sie mein Vermittler sein, das verspreche ich Ihnen,“ und dem kleinen Mann die Hand zum Abschied reichend, schritt er rasch die Straße hinab.

Jeremias folgte der andern Richtung, um in das Hotel zur Zulebren, wo er augenblicklich wohnte, als ihm plötzlich jemand in die Ohren schrie:

„Nun, haben Sie die Dame gefunden?“

„Hurtig,“ sagte der kleine Mann zusammenfahrend, „haben Sie mich erschreckt — ja so, Sie sind der Herr von heute Morgen mit dem Ballanzuge.“

„So,“ schrie der Mann wieder — „haben Sie die Dame getroffen?“

provokiert wird, bleiben die Arbeiter ruhig innerhalb der eng gezogenen gesetzlichen Schranken. Wenn die Kollegen Deutschlands und treu zur Seite stehen und namentlich den Zugzug fern halten, zweifeln wir nicht an einem vollständigen Sieg. Mit Gruß das Streik-Komitee. J. A.: R. Neumann, den 13. Mai 1886.

Aufruf der Kottbuser Tischler. Kollegen, Arbeiter Deutschlands! 14 Tage sind verfloßen, seitdem wir die Arbeit einstellen und noch ist keine Aussicht, sie wieder aufzunehmen; die Meister haben sich verschworen, uns nichts zu bewilligen. Unsere Forderungen lauten 11 (elf) stündige Arbeitszeit und pro Stunde 20 (zwanzig) Pfennige. Es streiken hier 120 Kollegen, ebenso haben auch die Bildhauer die Arbeit niedergelegt. Sämtliche streikende Tischler sind von ihren Meistern wegen 14tägiger Kündigung verklagt und sind auch schon einige Kollegen verurteilt. Wir kommen garnicht aus der Anklage heraus. Um unsere Namen, als wären wir Verbrecher, zu brandmarken, haben sie auf Plakaten die Namen der Streikenden drucken lassen und als Extrablätter vertheilt. Es sind meist verheiratete Gesellen zu unterstützen, deshalb appellieren wir an Euer Solidaritätsgefühl. Mit kollegialischem Gruß! Die Kommission der Tischler Kottbus. Briefe sind zu richten an Friedrich Schlemens, Kottbus, Carlstr. 23 und an Gustav Kalläne, Große Mauerstraße 166.

Vereine und Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Stellmacher Berlins lagte am Sonntag Vormittag in Keller's Salon, Andreasstraße 21. Herr Rengel theilte bezüglich des Uebereinkommens mit der Kommission der Innungsmeister mit, welsch schwerer Stand die Gesellenkommission den Meistern gegenüber hatte. Ferner machte Redner auf das Verhalten gegenüber den Nicht-Innungsmeistern, welche die Forderung der Gesellen noch nicht bewilligt haben, aufmerksam. Die Interessen der Gesamtheit wären auch jenen Meistern gegenüber zu wahren, damit in dieser Hinsicht den Innungsmeistern, welche den Tarif anerkennen, keine Konkurrenz gemacht werde. Redner ersuchte, an die betreffenden Meister heranzutreten, damit die Forderung voll und ganz zur Durchführung gebracht werde. Wo dieselbe bewilligt ist, solle man auch stets für Aufrechterhaltung derselben eintreten. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner, welche u. A. auf den ungünstigen Gesundheitszustand der Stellmacher, auf die schwere Arbeit und die lange Arbeitszeit hinwiesen. Darauf legte Herr Dr. Lütgenau die Einzelheiten der Streik-Versammlungen klar, welche darauf hinwiesen, daß der Arbeiter nach Lohnerböhung streben müsse, um mit der

Zeit rechnen zu können. Vor Allem müsse die Arbeitszeit verkürzt werden. Redner weist darauf hin, daß an mehreren Stellen die Arbeitszeit schon bis 8 Stunden verkürzt ist. Er forderte alle Stellmacher Berlins auf, der Vereinigung der deutschen Stellmacher beizutreten, um ihre Interessen besser wahren zu können. Mehrere Redner wiesen auf eine Werkstatt hin, in der die Gesellen sich zwar an der Oeffentlichkeit beteiligten, aber die Arbeitszeit von 10 Stunden doch nicht inne gehalten hätten. Ferner wurde mitgetheilt, daß, da der Lohnstarif von der Innung anerkannt wurde und deren Unterschrift trägt, die Unterschrift einzelner Meister nicht erforderlich sei, wogegen von den Nicht-Innungsmeistern unbedingt eine solche gefordert werden müsse. Jeder Kollege solle darauf achten. Die streikenden Gesellen wurden aufgefordert, sich täglich im Bureau zu melden, um nicht der Unterstützung verlustig zu werden und um Irrthümern vorzubeugen. Ferner wurde beschlossen, in verschiedenen Bezirken Berlins Jahrestellen zu errichten, damit den arbeitenden Kollegen bessere Gelegenheiten geboten würde, die freiwilligen Beiträge zur Unterstützung der Streikenden an die Kasse abliefern zu können. Mit nochmaligem Hinweis auf die Nothwendigkeit der Bewegung und auf das Gelingen der guten Sache wurde die Versammlung geschlossen.

Der Fachverein der Sattler erlebte am Sonnabend (bei Grauwil) Wahlen und andere interne Angelegenheiten. Die Abrechnung über den am 13. April stattgefundenen Rasenball ergab einen Ertrag von 145 Mark. Nachdem darauf ein Besuch um Unterstützung der streikenden Stellmacher Berlins durch Bewilligung von 45 Mark folgte gegeben war, wurde von einem Kollegen das Protokoll über die Sitzung des Vorstandes der Sattler-Innung, in welcher derselbe sich mit der Frage der Einführung der Arbeitsbücher beschäftigt hat, mitgetheilt. Die an diese Mittheilung sich anschließende lebhafteste Diskussion führte dazu, daß die folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die Versammlung beschließt, ein von der Sattler-Innung eingeführtes Arbeitsbuch für die Gesellen unter keinen Umständen anzuerkennen und anzunehmen, da eine derartige Legitimation für die Gesellen nur mit großen Nachtheilen verbunden sein und die Gesellen in die Kategorie des Besindes bringen würde.“

Der Jahresbericht des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer ist vor einigen Tagen den Mitgliedern zugegangen. Aus demselben ersehen wir, daß der genannte Verein ca. 2000 Mitglieder zählt und einen Vermögensbestand von rund 28 000 Mark besitzt. Konditionslos waren im I. Quartal 370 Mitglieder 1317 Wochen, im II. Quartal 298 Mitglieder 1061 Wochen, im III. Quartal 407

Mitglieder 2131 Wochen, im IV. Quartal 439 Mitglieder 1773 Wochen. — Krank waren im I. Quartal 270 Mitglieder 688 Tage, im II. Quartal 242 Mitglieder 8196 Tage, im III. Quartal 281 Mitglieder 8618 Tage, im IV. Quartal 250 Mitglieder 7047 Tage. An Unterstüßungen wurden von der Allgemeinen Kasse gezahlt: Reiseunterstützung 4540 Mark 35 Pf., Arbeitslosen-Unterstützung (welche von Mitgliedern, die 150 Wochen gearbeitet, am Orte bezogen werden kann) 12371 Mark, sonstige Unterstützung an Arbeitslose 6705 Mark. Die Ausgaben der streikenden Mitgliedschaft der Zentral-Kranken- und Beurlaubtenvereine beliefen sich in dem Berichtsjahre auf 67 050 Mark 62 Pf., bezogen das Krankengeld 689 Mitglieder für 30 719 Tage, von diesen befanden sich theilweise oder während der ganzen Krankheitsdauer in öffentlichen Heilanstalten 116 Mitglieder, auf der Reise befindlich und krank zureisend bezogen die Kranken-Unterstützung 20 Mitglieder insgesammt für 474 Tage, und war bei letzteren die niedrigste Krankheitsdauer 5, die höchste 89 Tage. — Als erwerbsfähig krank bezogen die Unterstützung 92 Mitglieder für 2907 Tage. — Bei Landausreisen bzw. Kurabfahrten erhielten die Kranken-Unterstützung 1 Mitglied 2 Wochen, 16 Mitglieder je 4 Wochen, 8 je 1 Woche, 2 je 7 Wochen, 9 je 5 Wochen, 1 Mitglied 9 Wochen, 3 Mitglieder je 10 Wochen, 5 je 12 Wochen und 1 Mitglied 18 Wochen, insgesammt 46 Mitglieder für 317 Wochen. — Die Krankheitsstatistik ergibt unter den 689 Erkrankungen folgendes Resultat: Hals-, Brust- und Lungenerkrankheiten 210, Fieber- und nervöse Krankheiten 44, Gehirn- und Rückenmarkskrankheiten 6, Darm- und Magenkrankheiten 132, Nicht- und Rheumatismus 80, Augen- und Ohrenkrankheiten 24, Wunden, Geschwüre u. 151, Hautkrankheiten, Syphilis 45 Fälle. — Bei den 32 der Zentral-Krankenkasse angehörenden Mitgliedern, welche im Jahre 1885 starben, war die Todesursache in je einem Falle Bluthusten, Lungenentzündung, Nierenentzündung, Luftröhrenentzündung, Leberverhärtung, Gehirnblutung, Hämorrhagie in 2 Fällen Schlagfluß und in 22 Fällen Lungenschwindel. Die Verstorbenen waren in dem Alter von 19-53 Jahren, und war starben in einem Alter von 19-20 Jahren 2 Mitglieder, 20-25 Jahren 7 Mitglieder, 26-30 Jahren 8 Mitglieder, 31-35 Jahren 6 Mitglieder, 36-40 Jahren 1 Mitglied, 41-45 Jahren 5 Mitglieder, 1 Mitglied von 50 Jahren und 2 Mitglieder von 53 Jahren.

* Verband deutscher Zimmerleute, Vokalverband der Versammlung am Mittwoch, den 19. d. M., in den Industriehallen, Mariannenstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag über das Zimmerhandwerk. 2. Fragelasten.

Theater.

Dienstag, den 18. Mai.
Opernhaus. Johann von Volbringen.
Schauspielhaus. Xili.
Deutsches Theater. Ein Tropfen Gift.
Bellevue-Theater. Namenlos. Pöffe mit Gefang in 3 Akten von Kalisch und Pohl. Musik von A. Conradi.
Opern-Theater. Der Glöckner von Notre-Dame.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Hugenottenbaron.
Waldhalla-Theater. Das lachende Berlin. Deltres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gefang und Tanz in einem Vortriele und 3 Akten von Jakobson und Witten.
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
Victoria-Theater. Amor. Tanz-Boem von Luigi Manzotti.
Waller-Theater. Der Herrgottschneider.
Residenz-Theater. Familie Hödner. Vortaus: Zimmer Nr. 18.
Luisenstädtisches Theater. Künstlerleben.
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Passage 1 Tr. 9 M. — 10 M.
Kaiser-Panorama.
Achte Reise durch die Schweiz.
Neu! 3. ersten Male: Alger.
Gertha-Reise. Carolinen-Inseln. Eine Reise 20 Hf. Kinder nur 10 Hf. Abonnement.

Todes-Anzeige.
Am 16. d. Mts. starb unser Kollege, der Tischler [1692]

August Steege,
nach verwichenlichem Krankenlager in Bethanien. — Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in Weißensee aus statt. Dieses den Bekannten des Verstorbenen zur Nachricht.
Die Kollegen der Henschel'schen Werkstatt, Friedenstr. 91.

Heute Nachmittags 5 Uhr starb nach kurzen aber schweren Leiden meine geliebte Frau **Emilie Krohn geb. Schweinert.** Ich verliere an der Dahingeschiedenen eine treue Gattin, mein Kind eine liebevolle Mutter. [1688]
Berlin, den 16. Mai 1886.
Wilhelm Krohn.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 19. Mai, Mittags 1 Uhr, von der Särberwohnung, Feldstr. 4, nach dem Kirchhofe der Elisabeth-Gemeinde statt.

Dringende Bitte!

Diejenigen Augenzeugen, welche am Sonnabend, Morgens um 6 1/2 Uhr, zugegen waren, als das Kind an der Ecke der Ritter- u. Alte Jakobstraße überfahren wurde, werden gebeten, sich bei den Eltern Alte Jakobstr. 17, Hof 2 Tr., Schneider Gräbentz, wegen genauerer Feststellung des Thatbestandes zu melden. [1681]

Arbeiter-Bezirksverein für den Osten Berlins.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß trotz der Erfüllung der durch den Erlaß vom 11. d. M. festgesetzten Formalitäten die heutige Versammlung des Vereins nicht gestattet worden ist. [1693] Der Vorstand.

Verein zur Wahrung d. Interessen der Klavierarbeiter.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Freitag eine Herren-Partie nach Erkner (Rüdersdorfer Kalkberge) stattfindet. Abfahrt vom Schlei. Bahnhof 6 Uhr 31 Min. früh. Um zahlreiche Theilnahme wird gebeten. [1691] Der Vorstand.

Ein tüchtiger Fachmann sucht behufs Herstellung gangbarer, moderner Artikel einen Geldmann mit 5-10 000 M. Einlage. Adressen wolle man unter 100 in der Expedition dieses Blattes, Zimmerstraße 44, part., abgeben. [1682]

Säle
für Vereine und Versammlungen u. täglich, auch Sonntags Vormittags zur freien Benutzung empfohlen [1622]
B. Nieft,
Kommandantenstraße Nr. 72,
Hof parterre.

Wo speisen Sie?
In der ersten alten pommerischen Küche, Oranienstraße 181, Hof parterre, bei Klein. Frühst. 30 Pf., Mittagstisch m. Bier 50 Pf., Abendstisch, v. 30-50 Pf., nach Auswahl. 1440

Soeben erschien: 1684
Die Sozialdemokratie vor dem Deutschen Reichstage.
Stenographischer Bericht der Verhandlung des Deutschen Reichstages am 2. April 1886. Fünftes (Schluß-) Heft.
Zu beziehen durch die Expedition des „Berliner Volksblatt“, Berlin SW., Zimmerstraße 44.

E. Frau in einem Kinde wünscht mit einzuwohnen (Vet. selbst). Rüb. d. Red. u. Al. zand. inenstr. 123 II.
Eine möbl. Stube f. 2 Herren, 4 V. 50 Pf., bei Windisch, Blumenstr. 24, IV. [1686]

Arbeitsmarkt!
Maler oder Malerin
für Blumenmalerei auf Lederwaren gesucht. Adressen wolle man bei Herrn Riffert, Waldemarstraße 57, abgeben. [1683]

Tischler
Herberge u. Verkehrslokal sowie Zentral-Arbeitsnachw. des Fachvereins der Tischler 50, Blumenstr. 56. Die Arbeits-Vermittelung geschieht unentgeltlich. Adressenausgabe an Wodentagen von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr Abends. Sonntags von 9-11 Uhr Vormittags. 476

Preussische Central-Bodencredit-Actiengesellschaft

5 % und 4 1/2 % iger mit 10 % Zuschlag rückzahlbarer Pfandbriefe
vom Mai 1871, Januar 1872 (Ser. I), Juni 1872 (Ser. II), Mai 1874 (Ser. I), August 1875 und September 1877

der Preussischen Central-Bodencredit-Actiengesellschaft
in 3 1/2 % ige Pfandbriefe.
Nach Verständigung mit den betreffenden Darlehnsnehmern bieten wir hiermit die

Convertirung
unserer 5 %igen und 4 1/2 %igen mit 10 % Zuschlag rückzahlbaren Pfandbriefe auf Höhe eines Betrages von etwa 30 000 000 Mark unter folgenden Bedingungen in 3 1/2 %ige Pfandbriefe an:

1. Die ausstehenden Pfandbriefe der oben bezeichneten Emissionen werden behufs Rückzahlung am 1. Januar 1887 insoweit zur Auslösung gebracht, als die Tilgung auf Höhe des Betrages von etwa 30 000 000 Mark im Wege der Convertirung nicht erreicht wird. Die 4 1/2 %igen Pfandbriefe vom Juni 1872 (Serie II) werden gänzlich ausgelost.
2. Die Convertirung erfolgt in der Zeit vom 18. Mai bis einschliesslich 1. Juni 1886 in Berlin bei der unterzeichneten Direktion, bei der Direktion der Disconto-Gesellschaft, bei Herrn F. Gleichröder, in Frankfurt a. M. bei den Herren M. A. von Rothschild & Söhne, in Köln bei den Herren Sal. Oppenheim & Co. und zwar bei jeder Stelle in den bei denselben üblichen Geschäftsstunden. Es wird vorbehalten, die Convertirung der Pfandbriefe von jeder einzelnen Emission oder von allen Emissionen schon vor Ablauf des vorgenannten Termins zu schließen.
3. An Stelle der zur Convertirung angemeldeten Stücke werden 3 1/2 %ige Pfandbriefe der im März 1886 begonnenen Emission von 1886 ausgedeutet. Für diese Pfandbriefe gelten die nachstehend wiederholten Bestimmungen: Die Pfandbriefe werden auf den Inhaber ausgestellt und in Stückn von 5000, 3000, 1000, 500, 300, 100 Mark ausgefertigt. Sie sind von Sitten der Inhaber kündbar und werden mit 3 1/2 % fürs Jahr in halbjährlichen Terminen am 1. Januar und 1. Juli bis zum Tage ihrer Tilgung verzinst. Die Anleihe wird zum Nennwerthe im Wege der Verlosung getilgt. Zu diesem Behufe hat die Gesellschaft jährlich wenigstens 1/2 % des Nennwerthes der Anleihe nebst den aus den eingelösten Pfandbriefen ersparten Zinsen zu verwenden, dergestalt, daß die Tilgung längstens in 71 Jahren, vom 1. Januar 1886 ab gerechnet, vollendet sein muß. Die Auslösung geschieht in December jeden Jahres zuerst im Jahre 1889 und werden nach vorgängiger Bekanntmachung in den Geschäftsblättern die verloosten Pfandbriefe im folgenden Jahre am 1. Juli bei der Gesellschaft bleibt jedoch das Recht vorbehalten, den Tilgungsfonds zu vertheilen oder auch sämmtliche noch im Umlaufe befindlichen Pfandbriefe auf ein Mal mit 6 monatlicher Frist zu kündigen.

4. Die zur Convertirung gelangenden Pfandbriefe müssen mit Coupons über die vom 1. Juli 1886 ab laufenden Zinsen nebst Zinsen der halbjährlichen Coupon über die Zinsen bis 1. Juli 1886 zurückbehalten werden. Der Inhaber erhält den gleichen Nennwerth 3 1/2 %iger Pfandbriefe mit Coupons über die vom 1. Juli 1886 ab laufenden Zinsen nebst sofortiger baarer Rückzahlung von 10 % Zuschlag, 2 % Prämie und der Differenz der Stückzinsen vom 1. Juli 1886 bis 1. Januar 1887.

Diese Differenz beträgt für die 5 %igen Pfandbriefe 1/2 %, für die 4 1/2 %igen Pfandbriefe 1/2 %. Bei der Einlieferung der Pfandbriefe muß der Betrag der etwa fehlenden Stücke dem 1. Juli 1886 fällig werdenden Coupons baar beigelegt werden.

5. Die zur Convertirung eingelieferten Pfandbriefe werden mit dem Vermerke: „Convertirt auf 3 1/2 % Prozent vom 1. Juli 1886 ab“ abgestempelt.

Der Umlauf der abgestempelten Stücke gegen die neuen Titel wird laut bevorzelter Bekanntmachung erfolgen, wobei vorbehalten bleibt, durch Zusammenlegung von gleichen Betrag in neu ausgefertigten 3 1/2 %igen Pfandbriefen zu gewöhnen, gegen ein abgestempeltes Stück nicht ein neuer Pfandbrief von entsprechendem Betrage umgetauscht werden kann. Stücke über 50 Thlr. (160 Mark) können überhaupt nur zur Convertirung angenommen werden, sondern es sind zwei solche Stücke einzureichen, um beim Umlauf einen neuen Pfandbrief über 300 Mark zu empfangen.

6. Den Pfandbriefen, welche zur Convertirung eingereicht werden, ist ein doppelt so deutscher Namensunterschrift und genauer Wohnungsangabe des Einliefernden nach den Jahrgängen, Vittera und Nummern geordnetes Verzeichniß beizulegen. Formulare hierzu können bei den obgenannten Stellen kostenfrei in Empfang genommen werden.

7. Die Pfandbriefe können behufs der Anmeldung jeder der unter Nr. 2 genannten Stellen mit der Post eingesandt werden, und erfolgt die Gegenleistung unter Vorbehalt der Rückzahlung. Das Porto für die Einsendung und Rücksendung trägt die Preussische Central-Bodencredit-Actiengesellschaft.
Berlin, den 14. Mai 1886.

Preussische Central-Bodencredit-Actiengesellschaft.
Die Direction, Bossart, Klingemann.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

88. Sitzung vom 17. April, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes von Boetticher. Der zum Generalkonsul in Kalkutta ernannte Abg. Dr. Gellich hat sein Mandat niedergelegt. Das Polizeipräsidium in Frankfurt a. M. hat den Strafantrag gegen den Abg. Bredt zurückgenommen, und es unterbleibt daher das gegen ihn eingeleitete gerichtliche Verfahren.

An Vorlagen sind eingegangen: 1. die Militärcorvention zwischen Preußen und Braunschweig (zur Kenntnissnahme des Reichstags); 2. der Bericht der Reichsschuldenkommission; 3. Gesetzentwurf, betreffend die Begründung der Revision in bürgerlichen Reichsstreitigkeiten; 4. eine systematische Uebersicht der im Deutschen Reich geltenden gesetzlichen und polizeilichen Bestimmungen über die Vornahme gewerblicher Arbeiten an Sonn- und Festtagen; 5. eine Erklärung vom 6. v. M., betreffend die Abgrenzung der deutschen und englischen Nachbargebiete im westlichen Stillen Ozean nebst Karte, sowie eine Erklärung vom 10. v. M., betreffend die gegenseitige Handels- und Verkehrsfreiheit in den deutschen und englischen Vorkontinenten und Schutgebieten im westlichen Stillen Ozean; 6. Bekanntmachung vom 12. April d. J., betreffend die Einrichtung und den Betrieb der Bleifarben- und Bleiweißfabriken; 7. Gesetzentwurf, betreffend die Besteuerung des Zuckers, und 8. des Branntweins. (Die Motive zu der letzten Vorlage liegen noch nicht vor.)

Das Haus genehmigt in dritter Berathung die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen für das Etatsjahr 1884 bis 1885 einschließlich der Etatsüberschreibung ohne Diskussion und wendet sich alsdann der Berathung von Petitionskandidaten zu, von denen der erste, der die Abschaffung resp. Einschränkung des Hausirhandels betrifft, von der heutigen Tagesordnung abgesetzt wird.

Der Stadtarzt a. D. Dr. med. Hoffmann in Dresden hat seine bereits 1882 und 1884 beim Reichstage eingereichte Petition um Gewährung von Invalidenpension und Verleihung der Uniform als königlich sächsischer Stadtarzt a. D. wiederholt, jedoch unter Weglassung seines Antrages auf Genehmigung der Erlaubnis zum Tragen der Armeuniform.

Die Petitionskommission empfiehlt dem Hause mit großer Majorität, die Petition dem Reichskanzler nochmals zur Berücksichtigung zu überweisen. Im Jahre 1884 hatte der Reichstag die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen beschlossen.

Abg. v. Köller schlägt eine modifizierte Tagesordnung vor. Nachdem die Petition einmal bereits zur Berücksichtigung empfohlen war, inzwischen aber von der kompetenten Stelle der Reichsregierung keine Antwort erfolgt ist, ist der Reichstag nach Ansicht des Redners nicht mehr in der Lage, immer wiederholt sich und seine Petitionskommission mit der Sache zu befassen.

Bundesbevollmächtigter königlich sächsischer Major von Schlieben: Nachdem in dieser Angelegenheit nach verschiedenen Richtungen und von zweifellos kompetenten Stellen Entscheidungen ergangen sind, muß die sächsische Militäerverwaltung dieselbe für unbedingt erledigt erachten.

Referent v. Goldfuß: Die Kommission ist von der Anschauung ausgegangen, daß, wenn auch auf dem Gnadenwege die Wünsche der Petenten nicht erfüllt werden können, trotzdem ein Pensionsanspruch des Petenten noch besteht und auch gewissermaßen begründet ist. Die im Wege der gerichtlichen Klage geltend gemachten Ansprüche des Petenten sind von den Gerichten in drei Instanzen zurückgewiesen worden, aber nur angebrachtmaßen, eine materielle Entscheidung ist nicht erfolgt. Auch hat nach Ansicht der Kommission der Petent nachträglich den Beweis erbracht, daß sein Leiden bereits zur Zeit seiner Pensionierung bestand. Aus diesen Erwägungen ist der Kommissionsantrag hervorgegangen.

Abg. Hoffmann: Die Kommission hat sich in drei Sessionen einsehend mit der Sache beschäftigt und ist jedesmal zu dem Resultat gelangt, daß dem Petenten die Pension gebühre; wir empfehlen die Annahme des Kommissionsantrages.

Major v. Schlieben: Nach den Vorschriften des Pensionsgesetzes war die sächsische Regierung gar nicht in der Lage, dem Petenten nachträglich eine Pension zu bewilligen. Von einem Nachweis des Vorhandenseins des Uebels zur Zeit der Pensionierung kann nicht die Rede sein, höchstens von einer Bemerkung oder Wahrheitsähnlichkeit. Mit solchen aber befaßt sich das Pensionsgesetz nicht. Nachdem bezüglich der Billigkeit der Pension von berufener Stelle endgültig Entscheidung erfolgt ist, ist es mir unersichtlich, was in dieser Sache noch geschehen könnte.

Abg. v. Köller: Wenn der Petent mit seinen Ansprüchen von den Gerichten nur angebrachtmaßen abgewiesen ist, müge er doch von neuem sein Recht bei den Gerichten suchen. Wir würden mit der Annahme des Kommissionsvorschlages in die Rechtspflege der Gerichte eingreifen.

Nachdem noch die Abgg. Gehler, Adermann und Plagem sich für den Antrag v. Köller ausgesprochen, wird derselbe gegen die Stimmen der beiden konservativen Parteien abgelehnt, der Kommissionsantrag gegen dieselbe Minderheit angenommen.

Bezüglich des nun folgenden Berichtes über die Petitionen für und gegen den Wollzoll bemerkt

Abg. Bamberger: Nachdem das Haus durch Beschluß anerkannt hat, daß die Besetzung desselben nicht der Wichtigkeit entspreche, welche eine Aenderung in Sachen des Hausirhandels erheische, und daß sich darum eine Absehung rechtzeitige, würde es mir scheinen, als ob wir die Frage des Wollzolles unterschätzten, wenn wir in eine Behandlung dieser Petitionen einträten. (Sehr gut! links.) Wenn ich daher beantrage, auch diesen Gegenstand von der Tagesordnung abzulassen, so wollen die Herren überzeugt sein, daß mich hierbei keine besonderen Rücksichten leiten; ein Blick auf unsere Seite wird Ihnen zeigen, daß unsere Plätze reichlich genug besetzt sind. Ich verneine daher, mir gerade den Dank der Freunde des Wollzolles zu verdienen und dem Wollzoll eine besondere Ehre zu erweisen, wenn ich beantrage, diese Petitionen nicht vor einem ungenügend besetzten Hause zu verhandeln. (Weiter links.)

Abg. Graf Behr-Behrenhoff: Ich widerspreche diesem Antrage nicht; aber Herr Bamberger irrt, daß wir hier auf der rechten überall im Sinne der Freunde des Wollzolles stimmen würden, ich z. B. nicht. Die Sache könnte also deswegen ganz ruhig verhandelt werden. In Folge dessen wird auch dieser Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Kreisvertretung des Kreises Mohnungen, Regierungsbekanntmachung des Reiches Königsberg, petitionirt um Einführung des Reichs-

gesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 in Elsaß-Lothringen.

Nach Angabe der Petenten ist es wiederholt vorgekommen, daß auf stürzte Personen aus dem Kreise Mohnungen 1871 resp. 1872 nach Elsaß-Lothringen verzogen, dort ihre Gespinnste verarbeiteten und ihre Arbeitskräfte aufwendeten und 1883 und 1884 entweder arbeitsunfähig und hilflos geworden oder mit Hinterlassung unerzogener Kinder starben. In diesen Fällen mußte der Kreis Mohnungen, weil das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz in Elsaß-Lothringen nicht eingeführt ist, die Fürsorge und Armenpflege übernehmen, trotzdem die Personen seit 11 bis 12 Jahren ununterbrochen in den Reichslanden wohnhaft gewesen waren.

Die Kommission beantragt, die Petition dem Herrn Reichskanzler als Material bei einer in Aussicht genommenen Revision der einschlägigen Gesetzgebung zu überweisen.

Abg. Born v. Bulach führt aus, daß Elsaß-Lothringen des Gesetzes garricht bedürfe, da die durch Gemeinde, Bezirk und Staat, sowie durch nützliche Stiftungen und Privatwohlthätigkeit gewährten Unterstützungen der Armen und Hilfsbedürftigen überaus reichlich seien. Elsaß-Lothringen verwerde jährlich über 3 1/2 Mill. Mark für diese Zwecke. Er beantrage daher Namens seiner Freunde den Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Guerber führt den Gedanken weiter aus und bittet, Elsaß-Lothringen das Juxel, das es in seiner freiwilligen Armenverpflegung besitze, nicht zu rauben. Da seien mehrere Leute aus Mohnungen nach dem gottbegnadeten Elsaß gekommen, dort verarmt und nun sollten sie dafür noch bezahlet. Von der Existenz des Ortes habe er bis zur Kenntnissnahme von der Petition gar nichts gewußt. Er wolle einen Vergleich vorschlagen; Mohnungen solle mit dem Elsaß ein Regimentsverhältnis eingehen, das sei das Einzige. Aber mit der Gesetzgebung solle man seine Heimath verschonen.

Abg. v. Heildorff zieht für seine Person die Privatwohlthätigkeit in der Armenpflege der gesetzgeberischen Regelung bei Weitem vor, denn letztere werde durch die Art ihrer Ausführung nur allzu oft inhuman.

Abg. Kayser tritt dem entgegen. In der auf Gesetz basirenden Armenpflege liege der große Fortschritt, daß an Stelle des Bettelns und der Wohlthaten, welche nach Laune gegeben und versagt werden konnten, rechtliche Ansprüche getreten seien. Ein Mangel bestehe jedoch noch immer in der darin begründeten Ungleichheit, daß die Gemeinden die Leistungen zu machen hätten; er und seine Freunde strebten deshalb dahin, die Armenpflege zur Reichsangelegenheit zu machen.

Abg. Born von Bulach erwidert, daß Abg. Kayser seinen statistischen Angaben nur allgemeine Behauptungen entgegenstellt habe. Im Elsaß kennt man keine Klagen über die Armenpflege. Dieselben existiren nur da, wo der obligatorische Unterstützungswohnsitz besteht. Herr Kayser will die Armen nicht abhängig machen von den Launen der Superioren und Adligen. Im Elsaß thun Superioren und Adlige ihre Pflicht gegen die Armen. Wenn der Adlige im Elsaß leider nur noch wenige vorhanden sind, so hat man dies der Revolution zuzuschreiben, in Folge deren die Adligen aus dem Elsaß ausgewandert sind. Aber diese wenigen werden ihre Pflicht gegen die Armen erfüllen, so lange sie können.

Abg. Dirichlet: Herr Kaiser will denen, welche in Folge unserer gegenwärtigen Wirtschaftsordnung verarmt sind, einen Anspruch auf staatliche Unterstützung zubilligen; ich gehe weiter, ich will diese Unterstützung für alle Verarmten, obgleich ich der Ansicht bin, daß bei einem Theil der Verarmten nicht die gegenwärtige Wirtschaftsordnung, sondern sie selbst an dem Unglück schuld sind, das sie betroffen hat. Die Herren aus dem Elsaß haben die gottbegnadeten Fluren des Elsaß dem traurigen Flachland von Mohnungen entgegengestellt. Wenn die Herren sich auch in Deutschland etwas umsehen wollten, so würden sie wissen, daß das unglückliche Flachland von Mohnungen eine sehr fruchtbare Ebene ist. Einer der Herren hat freilich auch gesagt, daß man durch diese Petition erst Kenntniss erhalten habe von Mohnungen. Nun pflegen sich die Herren aus dem Elsaß immer als Franzosen aufzuspielen, aber wenigstens die Theologen unter ihnen stellten in der Literatur des Vaterlandes doch so viel bewandert sein, daß sie wüßten, daß Herder in Mohnungen geboren ist. Der Ort Mohnungen hat in der Geschichte unseres Vaterlandes schon eine Rolle gespielt, noch bevor das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz existirte und noch bevor wir das Glück hatten, die Herren aus dem Elsaß vor uns zu sehen.

Abg. v. Heildorff erklärt, daß der Abg. Kayser bei seinen Auslassungen ausgereicht von der Auffassung des Staats als Zwangsstaat, eine Auffassung, die er nicht theilen könne. Er behaupte, daß die Armenverhältnisse im Elsaß viel besser seien, als im Geltungsbereiche des Unterstützungswohnsitzes.

Abg. Guerber verweist den Abg. Kayser auf Maurice Bloch, der erklärt habe, daß der Staat und die Gemeinde auszukommen hätten für die Unterstützung der Armen, daß man sich aber wohl hüten müsse, die private, christliche Barmherzigkeit bei Seite zu schieben. Es sei nur wenig gerechtfertigt, die christliche Barmherzigkeit in den Schmutz herabzusetzen. Hier in Deutschland leuten wenigstens die Ruinen der Cistercienserkloster Zeugnis davon ab, wie viel Segen auch auf dem Gebiete der Armenpflege von der Kirche ausgegangen sei.

Abg. Kayser erwidert, daß es ihm ferngelegen habe, die christliche Barmherzigkeit anzusprechen. Er habe nur herangezogen, daß dieselbe nicht ausreichend sei.

Der Antrag der Kommission wird angenommen. Die Petition des Generalvorstandes des deutschen Technikerverbandes, bei der Abfassung des neuen bürgerlichen Gesetzbuches bezw. der Novelle zur Gewerbeordnung für das Deutsche Reich dahin wirken zu wollen, daß die deutschen Techniker hinsichtlich ihres Verhältnisses zu ihren Prinzipalen den Handlungsgehilfen im Sinne der Art. 57-64 des Handelsgesetzbuches gleichgestellt werden mögen, wird ohne Debatte dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen.

Schluss 5 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Bericht der Reichsschuldenkommission, Bundessteuer, Gesetzentwurf, betreffend die Begründung der Revision in bürgerlichen Reichsstreitigkeiten, Gesetzentwurf, betr. Abänderung des § 22 des Preßgesetzes.)

Abgeordnetenhaus.

76. Sitzung vom 17. Mai, 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Buitlamer, Lucius, v. Boetticher, Raybach und Kommissarien. Das Haus legt die zweite Berathung der westfälischen Kreisordnung mit dem § 27, welcher von den Amtmännern handelt, fort. Nach dem Kommissionsvorschlage soll die Stelle des Amtmannes als Ehrenamt aus der Reihe der größeren Grundbesitzer besetzt, ein Amtmann mit Besoldung

nur angestellt werden, wenn ein geeigneter Ehrenamtmann nicht zu gewinnen ist. Die Ernennung erfolgt durch den Oberpräsidenten auf Grund von Vorschlägen der Amtsversammlung, über welche der Kreisaußschuß sich zu äußern hat. Die Ernennung darf nur verweigert werden, wenn der Provinzialrath der Besetzung zustimmt. Ueber die Besoldung entscheidet der Kreisaußschuß nach Anhörung der Amtsversammlung.

Die Anträge der Abgg. v. Schorlemer und Gen. und des Abg. Uhlendorff wollen den Amtmann durch die Amtsversammlung wählen lassen, und zwar:

1. Abg. v. Schorlemer in der Regel als unbesoldeten Ehrenbeamten ohne Zeitbeschränkung oder als besoldeten Amtmann auf die Dauer von 12 Jahren. Der Oberpräsident darf die Bestätigung nur mit Zustimmung des Provinzialrathes versagen;

2. Abg. Uhlendorff will den Amtmann durch die Amtsversammlung auf die Dauer von 12 Jahren unter Bestätigung des Oberpräsidenten wählen lassen. Sein Gehalt soll durch die Amtsversammlung mit Genehmigung des Kreisaußschusses festgestellt werden;

3. will event. der Abg. Uhlendorff unter Annahme des Kommissionsvorschlages das Ehrenamt des Amtmannes nur für die Dauer von 12 Jahren zulassen. Hiermit stimmt überein ein Antrag der Abgg. Springorum und Richter, welche

4. vorschlagen, daß die Amtmänner aus allen Amtseingeseffenen, nicht bloß aus den größeren Grundbesitzern ausgewählt werden sollen und welche in den Kremlern, die nur aus einer Gemeinde bestehen, den Gemeindevorsteher zugleich als Amtmann fungiren lassen wollen.

Abg. Uhlendorff: Unsere erste Forderung betrifft die Besetzung des Ehrenamtmannes; die geringe Anzahl solcher in Westfalen beweist, wie wenig dieses Institut sich dort hat einbürgern können. Zweitens wünschen wir die Wahl des Amtmannes durch die Amtsversammlung als das einzig Nationalistische. Leider haben sich die Nationalliberalen mit den Konservativen verbündet und so müssen wir erwarten, daß unsere Forderung eine Kreisordnung erhält, der sie unmöglich freundschaftlich gegenüberstehen kann. Man schämt uns einfach in die Zwangsjacke des Orients ein und verlangt bei dieser Nichtberücksichtigung der heimathlichen Interessen Vertrauen. Dem Herrn Minister muß ich sagen, einer solchen Kreisordnung werden meine Landsleute nie freundschaftlich gegenüberstehen. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) Drittens gewähren wir dem Oberpräsidenten das Recht, die Bestätigung zu versagen unter der Zustimmung des Provinzialrathes. Das ist eine durchaus genügende Macht. Wir verfolgen auch hier den Grundsatze, die Bewohner des platten Landes nicht schlechter zu stellen als die städtische Bevölkerung. Deshalb beantragen wir auch die Festsetzung des Gehaltes der Amtmänner durch die Amtsversammlung unter Zustimmung des Kreisaußschusses. Es sind das Alles nur Mindestforderungen, eigentlich gehen in der Selbstverwaltung die Forderungen unserer Partei viel weiter. Aber dieser Paragraph ist der wichtigste der ganzen Kreisordnung (sehr wahr! bei den Freisinnigen), und deshalb tritt für mich hier das Parteinteresse hinter das meiner Landsleute zurück. Daher bitte ich Sie, unseren Vorschlägen zuzustimmen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. v. Oede (natlib.) wird gerade im westfälischen Interesse für die Vorschläge der Kommission stimmen, die den bisherigen Bestimmungen gegenüber eine bedeutende Verbesserung enthalten. Bisher seien die Amtmänner ohne jegliche Beschränkung vom Regierungspräsidenten ernannt worden, jetzt sei der Oberpräsident an die Vorschläge der Amtsversammlung gebunden; er könne nur mit Zustimmung des Provinzialrathes davon abweichen. Wenn das Centrum und die Freisinnigen dem gegenüber die absolut freie Wahl fordern, so werde man ihnen dafür in Westfalen nie Dank wissen, weil dadurch das Zustandekommen dieses Gesetzes, welches sonst manche liberale Errungenschaften enthalte, gefährdet würde. Die Haltung der Freisinnigen, welche lediglich von ihren rabulischen Paraphrasen beeinflusst würde, werde in Westfalen gar keinen Eindruck machen.

Abg. Frehr v. Heereman führt aus, daß in den östlichen Provinzen auf die Amtsbesetzung immer das Hauptgewicht in der Kreisordnung gelegt worden sei, ja daß einige Anhänger derselben so weit gingen, sie als das einzig Gute darin zu bezeichnen. Im Allgemeinen würde er sich damit einverstanden erklären können, daß diese Amtsbesetzung auf die Provinz Westfalen einfach übertragen würde, wenn nicht die Verhältnisse in Westfalen doch etwas anders liegen, als in den östlichen Provinzen. Jedenfalls aber müßte der Versuch gemacht werden, nach dem Antrage v. Schorlemer die Ehrenamtsbesetzung als Regel einzuführen, wenn nicht Westfalen nur einen Schein von Selbstverwaltung erhalten sollte. Der Minister v. Buitlamer sei ja überhaupt nur der Adoptivvater der älteren Gesetzgebung, er übertrage dieselbe nur, einem gewissen Zwange folgend, auf die westlichen Provinzen. Es sei leider zu befürchten, daß den Wünschen der Westfalen von der unter der Führung des Ministers stehenden Mehrheit keine Rechnung getragen werde, sondern daß der Provinz die Kreis- und Provinzialordnung aufgezwungen werden würde.

Minister v. Buitlamer bestritt, daß der Provinz Westfalen gegenüber ein Zwang geübt werde. Daß die Ausdehnung der Verwaltungsorganisation auf Westfalen eigentlich ihm, dem Minister, etwas gegen den Strich ginge. Zu dieser Supposition habe seine amtliche Laufbahn keinen Anlaß. Er habe stets sich für kommunale Selbstverwaltung ausgesprochen, allerdings gegen die Kreisordnung von 1872 das Bedenken gehabt, daß sie für das Publikum nicht einfach genug sei. Mit diesem Vorbehalte hänge aber die Uebersetzung auf die anderen Provinzen nicht zusammen. Die Selbstverwaltung sei nicht ein Schein, sondern eine Wirklichkeit, man müßte denn auf dem Standpunkte stehen, daß man Selbstverwaltung und freie Wahl absolut identisirt. Er habe aber bisher nicht geglaubt, daß Herr v. Heereman, den er für einen konservativen Politiker gehalten, sich solchen ultraliberalen Anschauungen hingeben würde. Seiner Ansicht nach beruhe die Selbstverwaltung darauf, daß die ländliche Genossenschaft die Last der Selbstverwaltung übernehme und damit ohne Rücksicht auf ihre Parteilichkeit dem öffentlichen Leben einen neuen Impuls gebe. Die Amtmänner in Westfalen seien die Träger der gesammten Ortspolizeiverwaltung, sie hätten sich um alle Gemeindegangelegenheiten als Aufsichtsbeamte und Vorsetzer in eingehender Weise zu kümmern, daß man sie nicht aus der Welt der ihnen untergeordneten Amtseingeseffenen hervorgehen lassen dürfe. Die Ehrenamtsbesetzung, die gerade aus dem Kreise der größeren Grundbesitzer hervorgehe, müsse unter allen Umständen aufrechtzuerhalten werden, um der Kreisordnung, welche wesentliche Fortschritte enthalte, die Einführung in Westfalen und ihr rasches Einleben zu sichern. Deshalb wende er sich an die staatsmännliche Weisheit der

lohn von 24 M. und Beseitigung der Afford, Sonntag- und Ueberstunden-Arbeit) möglichst genau in Kenntnis zu setzen. Herr Vorkam verlas ein Schreiben aus Bielefeld, in welchem berichtet wird, daß die dortigen Malergehilfen, weil der Lohn auf 11,20 Mark durchschnittlich herabgedrückt sei, die Arbeit eingestellt haben, und um Fernhaltung des Zugangs gebeten wird, und insbes. daran den Hinweis auf die Notwendigkeit, daß die Malergehilfen sich der Bauvereine anschließen und dazu beitragen, den Unterstützungsfonds des Zentralverbandes der Maler Deutschlands zu verstärken. Nachdem Herr Gehrle dann noch interessante Mitteilungen über das im Malergewerbe herrschende Submissionsunwesen und über die das Gewerbe schädigende Submissionsarbeit gemacht, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Bitte, energisch dafür agieren zu wollen, daß die zwei Versammlungen am nächsten Sonntag recht zahlreich besucht seien.

hs. Der „Fachverein der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, chirurgischer und anderer Instrumentenmacher“ tagte am 12. d. M. bei H. H. Herr Schramm erstattete den Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission über die Errichtung des Vereins-Arbeitsnachweises. Auf Antrag des Herrn Vize wurde eine aus 6 Personen bestehende Kommission für die Verwaltung desselben gewählt, wobei die Wahl auf die Herren Büchler, Kirchner, Storz, Schramm, Spieß und Bente fiel. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Poppe'schen Lokal, Waldemarstraße 42, im Beckhoflokal der Mechaniker und verwandten Berufsgenossen. Derselbe ist täglich in den Abendstunden geöffnet. Ferner beschloß die Versammlung folgende Geschäftsordnung für den Arbeitsnachweis: 1. Alle Balancen sind dem Vorsitzenden des Fachvereins der Mechaniker u. anzugeben, damit dieser sie den betreffenden Kommissionsmitgliedern mitteilt. 2) Die Kommissionsmitglieder halten auf Vereins-Rosten die hinsichtlich des Instandes (oder Balancen-) Theils wichtigen Laesblätter. 3) Auf Arbeitsvermittlung Anspruch haben alle Mitglieder des Fachvereins und die von auswärts zugereisten Mitglieder eines solchen. Die Ämter der Kommissionsmitglieder sind Ehrenämter. Die Arbeitsvermittlung ist für beide Theile unentgeltlich. 4) Jeder u. oder abreisende Kollege erhält, wenn er mindestens 8 Wochen nachweisbar einer Mechaniker-Vereinigung angehört hat, ein Geschenk von 1 Mark 50 Pf., nachdem er seine ordnungsmäßige erfolgte Abmeldung am früheren Aufenhaltsorte nachgewiesen. 5) Ferner erhalten Unterstützung solche Kollegen, welche auswärtigen Vereinigungen der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher und verwandten Berufe angehört haben, ihren Verpflichtungen gegen dieselben nachgekommen und ordnungsmäßig ausgeübt sind. Die darauffolgende Beschlussfassung über alle näheren Modalitäten des Vereins-Rechtschutzes-Instituts mußten wegen zu vorgerückter Zeit vertagt werden. Schließlich wurde noch über Verhältnisse diskutiert. Ueber die Schulische Werkstätte in der Schwedlerstraße wurde mitgeteilt, daß der Wochenverdienst in derselben allgemein nur 12 M. betrage. Die Firma Reiningger in Erlangen soll ihre Löhne derartig zu fixieren verstehen, daß der Normal-Wochenverdienst 12—15 M. nicht überschreitet. Sodann wurde beschlossen, anlässlich der in Folge seiner Wahl zum zweiten Vorsitzenden der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter besorgenden Ueberlieferung des derzeitigen ersten Vereinsvorsitzenden Herrn Bremer von hier nach Hamburg, zur Feier seines Abschiedes eine gemütliche Zusammenkunft am 29. d. M. im Poppe'schen Lokal, Waldemarstraße 42, zu veranstalten. Die Erledigung des Fragelastens bildete den Schluß der Versammlung.

Arbeiterinnenversammlung. Eine zu Freitag Abend nach dem „Grand Restaurant“, Rosenhalestr. 4, einberufene Arbeiterinnenversammlung füllte das geräumige Lokal bis auf den letzten Platz. Vorsitzende und Referentin war Frau Cantius. Sie verbreitete sich in beifällig aufgenommenem Rede über den unter den Arbeiterinnen herrschenden Nothstand und empfahl schließlich als Mittel zur Abhilfe den Anschluss an eine feste, allumfassende Organisation. Die Bildung von Fachvereinen sei noch nicht an der Zeit. — Frau Gubela und Herr Feldmann schlossen sich diesen Ausführungen an. Für bessere Erziehung und Schonung der Kinder trat Frau Lohse ein. Das Kind im zarten Alter von 6—8 Jahren früh um 4 Uhr aufstehen und Peinungen ausstragen müßten, sei ein Zeichen, wie weit das Elend vorgeschritten wäre. — Frau Büge mahnte, reinig zu sein und Reibereien zu vermeiden. — Fräulein Seeger schilderte die Lohnverhältnisse der in der Wäschebranche beschäftigten Arbeiterinnen. Ein großes Wäschegeschäft in der Brückenstraße zahlte besonders schlechte Preise. An der Hand von Zahlen wies die Rednerin nach, daß eine Näherin bei der angestrengtesten Thätigkeit in der Woche nur 4,80 Mark verdiene. — Frau Gubela vervollständigte diese Angaben. Für das Groß Stulpen gebe es 60 Pf., eine Näherin habe an einem Duzend etwa eine Stunde zu thun; was bleibe da übrig, als selbst die Kinder mit zur Arbeit heranzuziehen. Die einzelnen Branchen müßten sich organisieren. Auch die Errichtung von Arbeitsstudien sei zu empfehlen. — Fr. Madnit wünschte ebenfalls eine solche Einrichtung herbei. Bereits seien 24,81 Mark als Grundstock eines Fonds zur Errichtung von Arbeitsstudien vorhanden; 20 Mark seien von ihr (Rednerin) beigetragen worden, die sie für Ausführung einer Arbeit vom Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen erhalten habe. Im übrigen wiederholte Fr. Madnit unter theilweisem Widerspruch der Versammlung ihre bekannte Ansicht, daß die Frauenbewegung Geld von allen Seiten annehmen solle, ganz gleich von wem es komme. „Sogar Zellerammlungen werden wir annehmen, ohne uns dadurch zu binden.“ Frau Büge habe offen und ehrlich gehandelt, als sie die Zellerammlungen veranstaltete. Die Arbeiterinnenvereine dürften nicht politisch sein, sie müßten sich vom religiösen und politischen Fanatismus fern halten. — Diesen Ausführungen traten die Frauen Cantius und Gubela entgegen. Von Herrn Stöder etwas zu nehmen und sich in seine Gefolgschaft zu begeben, werde den Arbeiterinnen Berlins niemals einfallen. Frau Büge hätte sich allein an die Arbeiter wenden sollen. Man möge doch nun endlich einmal das Thema von Herrn Stöder fallen lassen. — Hiermit war Frau Büge aber nicht einverstanden. Es sei ihr mitgetheilt worden, daß die „Christlich-Sozialen auch Arbeiter wären“. (Widerspruch.) Herr Stöder habe nicht das Geld gegeben, sondern die Arbeiter. Den Christlich-Sozialen habe man mit schönem Unbänd gelohnt u. s. w. In diesem Tone ging es fort. Schließlich entzog Frau Cantius der Rednerin das Wort. Frau Büge meldete sich dann nochmals „zur Berichtigung“ zum Wort und erhielt es auch. Sie hatte aber nichts zu berichten, sondern kam wiederum auf ihr voriges Thema zurück. Die Unruhe der Versammlung wurde bedenklich und um einer drohenden Auflösung vorzubeugen, schloß Frau Cantius kurz die Versammlung.

Friedrichsberg, 14. Mai. In der am 11. Mai abgehaltenen Versammlung des Fachvereins der Maurer hielt Herr Vorkam einen Vortrag über die jetzigen Zustände in den ländlichen Distrikten. Redner wies auf die lange Arbeitszeit und die niedrigen Löhne hin und meinte, es müsse eines jeden Kollegen Bestreben sein, die Arbeitszeit zu verkürzen, dann würden auch die Löhne sich steigern. Er geht dann zur Besprechung der gewerkschaftlichen Bewegung über und weist darauf hin, wie stark diese Organisationen innerhalb der letzten 2 Jahre geworden sind. Redner fährt dann weiter aus, daß die Meister so viel fremde Gesellen herholen, wäre ganz gut, die Gesellen lernen von den hiesigen Kollegen und bilden dann in ihrer Heimath auch Fachvereine. In der Diskussion wurde die schlechte Bezahlung bei den Kommunalbauten, bei der Kanalisation und dem Central-Biehofe, wo jetzt noch, wie behauptet wurde, die Maurer kaum 2,50 M. verdienen, kritisiert.

Für schlechten Lohn, o wurde hervorgehoben, könne man auch keine tüchtigen Arbeiter verlangen.

Reuener, 14. Mai. Zu der am Donnerstag Abend im „Konventgarten“ stattgehabten „großen öffentlichen Frauen-Versammlung“, in welcher Frau Guillaume-Schad über den Kugen der freien eingeschriebenen Hilfsklassen sprach, hatten sich ca. 150—180 Frauen und Mädchen und reichlich 200 Männer eingefunden. Referentin wies gleich im Anfang, als sie den Kugen und die Vorbelle der freien Hilfsklassen gegenüber den Ortsklassen darlegte, in deutlicher Weise auf die von ihr vertretene Offenbacher Frauen-Krankenkasse hin, die in Deutschland bereits 120 Filialen oder Ortsstellen besitze. Frau Guillaume-Schad zitierte mehrere Vorlesungen aus Krankenkassen-Reifen größerer Städte, wo Unterschlagungen und sonstige Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, wodurch auch die weiblichen Mitglieder dieser Kassen in die unangenehme Lage versetzt wurden, im Krankheitsfalle keine Unterstützung erhalten zu haben. Die Offenbacher Frauen-Krankenkasse dagegen räume ihren Mitgliedern das Bestimmungsrecht über alle Kassenangelegenheiten ein, sie werde von Frauen verwaltet, da können solche Sachen nicht vorkommen. Ueberhaupt müßten die Frauen sich gewöhnen, auf eigenen Füßen zu stehen und sich nicht in allen Dingen, also auch in Kassenangelegenheiten, von den Männern bevormunden zu lassen. Referentin schildert nun das Elend, welches eine Arbeiterfamilie trifft, wenn die Frau krank liegt und keiner Krankenkasse angehört; sie knüpft hieran statistische Notizen aus verschiedenen Theilen Deutschlands und der Schweiz über die Menge der arbeitenden Frauen und über die meistens denselben gezahlten recht traurigen Löhne; ferner verbreitet sie sich darüber, daß die Eheschließungen von Jahr zu Jahr zurückgingen, daß also das Ideal jedes Mädchens, sich einmal zu verheirathen und damit der Sorge für die Existenz entbunden zu sein, für immer mehr Mädchen zum Traumbilde würde. Daher müßten auch die Mädchen lernen, selbstständig zu denken und zu handeln. (Lebhafter Beifall.) — An der nun folgenden Diskussion beihilte sich zunächst Frau Elise Brader. Sie erklärte sich für die Errichtung einer Ortsstelle der Offenbacher Kasse am hiesigen Orte. Es sprachen sich ferner noch im Sinne der Einrichtung einer solchen Ortsstelle hier selbst aus Fr. Löhje, sowie die Herren Knobloch, Kläber und Baumann. Eine eingegangene Resolution, welche sich im zustimmenden Sinne für die Einrichtung einer Ortsstelle hier selbst ausdrückt, wird einstimmig angenommen. — Für die zu errichtende Ortsstelle ließen sich eine Anzahl der anwesenden Frauen und Mädchen als Mitglieder eintragen.

Sanitätsverein für Arbeiter beiderlei Geschlechts. Die zum Dienstag (heute) projektirte Mitgliederversammlung kann, da die Genehmigung zur Abhaltung derselben beim Königl. Polizeipräsidium zu spät nachgeholt wurde, nicht abgehalten werden. Dafür soll am Montag, den 24. Mai, Abends 8 Uhr, in Scheffer's Saal, Inselstr. 10, eine Mitgliederversammlung stattfinden, zu welcher auch die weiblichen Mitglieder eingeladen sind.

Arbeiter-Bezirksverein der Oranienburger Vorstadt und des Wedding. Donnerstag, den 20. d. M., außerordentliche Versammlung in Kleine's Salon, Gerichtsstraße 10. Tagesordnung: 1. Vorlesung über: „Die moderne Menschenjagd“. 2. Verschiedenes (Antrag auf Auflösung des Vereins). 3. Fragelasten. — Am Mittwoch (Duz- und Bettag) veranstaltet der Verein einen Ausflug mit Familie. Treffpunkt Nachmittags 3 Uhr bei Berger (Restaurant), Fennstraße 10.

Im Fachverein der Former und verwandten Berufs-gewerben wurden in der letzten Versammlung folgende Herren in den Vorstand gewählt: August Müller, erster Vorsitzender; Paul Berndt, zweiter Vorsitzender; Alwin Köhler, erster Kassirer; Ludwig Sioplad, zweiter Kassirer; Paul Jakubowski, erster Schriftführer; Adolph Müller, zweiter Schriftführer; zu Referenten wurden gewählt die Herren August Schulz, Gustav B. C. und Paul Ermler.

Deutscher Senefelder-Bund, Mitgliedschaft Berlin. Heute Abend 8 Uhr im Restaurant Weiß, Alexanderstr. 31.

Öffentliche Versammlung sämtlicher Metallschrauber, Facondreher und Berufsgenossen Berlins Dienstag, den 18. Mai, präzis 8 Uhr Abends, im Lokale des Herrn Wolhaupt, Rantestuffstraße Nr. 9. Tagesordnung: 1. Welche Stellung nehmen wir gegenüber dem von den Herren Arbeitgebern am 12. d. M. gefassten Beschlusse ein? 2. Bericht-erstattung über die Gründe, welche die Arbeitseinstellung bei der Firma Erdmann u. Groß verursachten. Die Herren Arbeitgeber, sowie deren Stellvertreter sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Versammlung sämtlicher an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter am Dienstag, den 18. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Säger's Lokal, Grüner Weg 29. T. D.: Vortrag und Beschlüsse.

Arbeiter-Bezirksverein „Süd-Ost“. Dienstag, den 18. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, Brongelstr. 9 u. 10 Mitglieder-Versammlung. T. D.: 1. Vortrag des Herrn Behbold über Schwemmanifikation und Kieselwasser. Diskussion. 2. Kommunalwesen. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Louisenstädtischer Bezirksverein „Vorwärts“. Mittwoch, den 19. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, bei Rieger, Wasserthorstraße 68, Vereins-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn A. Gerlich über „Soldatenhandel im 17. Jahrhundert“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Kleine Mittheilungen.

Krossen, 15. Mai. Eine Nacht der Angst und des Schreckens folgte dem gestrigen Tage, dessen Geschehnisse in der Chronik unserer Stadt ein sehr trauriges Blatt bilden wird. Der Nacht folgte ein heftiger Morgen, und schon in den frühesten Morgen konnte man die schwergeschädigten Einwohner mit Begräbnung des Schuttes und notwendiger Deckung der Schäden beschäftigt sehen. Die Leiche des Kupferschmiedemeisters Hübner, der vor dem Wetter noch als Zeuge in der Schöffensitzung war, ist unter den Trümmern des Habel'schen Grundstücks noch nicht gefunden. Daß der große Thurm in der Luft umgehüllt wurde, ist schon daraus zu erkennen, daß die Spitze und der obere Theil am tiefsten in das Haus eingedrungen sind. Die Reste des Thurmes liegen jetzt auf dem Markt, zu oberst das Hirschblatt der alten großen Thurmuhr. Die großen Gaslandelaber auf dem Markt wurden aus dem Boden gehoben und umgeworfen, das Denkmal an der Spitze abgedreht, und auf dem Kirchhofe Grabmäler und Bäume sofi wegrafft. Die Seitenwand des Rathhauses, die über das Nachbarhaus hervorragte, stürzte ein, sämtliche Scheiben des Gebäudes und das Dach liegen zertrümmert. In diesen Wohnungen drehen sich die Wöbel wie ein Wirbel umher, um arg beschädigt liegen zu bleiben. Die großen Linden am Carl-John'schen Grundstück, sowie viele starke Nuthbäume liegen gedreht, denn auch der Blüß hat furchtbar gewüthet. Unser Nachbarhof Alt-Rehfeld ist ebenfalls stark heimgesucht, nur wenige Häuser haben dem gewaltigen Wirbelsturm getrost, während Hüntersberg, Werdorf und Gerdorf wenig gelitten haben, denn das Unwetter hatte die Richtung Alt-Rehfeld-Krossen-Rähmen. Groß ist auch die Zahl der Obstbäume, die zu Grunde gerichtet wurden. So können wir noch dogenslang berichten von dem schrecklichen Unglück, das unsere Stadt betroffen, doch die Szenen bleiben dieselben, gleich schreckenerregend und traurig. Der Schaden ist unermesslich und viele Existenzen sind ständig vernichtet. — Unter 16. Mai schreibt das „Kross. Wochenblatt“ in einer Extravergabe: Gestern Abend wurde endlich die Leiche des Kupferschmiedemeisters Hübner aus den Trümmern des Habel'schen Hauses, wenig verlegt und im

Schutt vergraben, hervorgezogen, somit ist man auch über das Schicksal des letzten Verunglückten in Gewißheit. Gegen 7 Uhr Abends noch wurde zu diesem Zwecke das Militär alarmirt und die Kompagnien arbeiteten abwechselnd mit einem eisenen Eifer an der Begräbnung des Schuttes, da sich immer wieder die Möglichkeit aufdrängte, der Unglückliche sei noch am Leben. Vor dem Militärkommando war aber heutzutage das Arbeiterpersonal der Köner'schen Fabrik an der Unglücksstelle thätig gewesen. Der Hilfe des Militärs, das vor Allem nach ein heilichem Kommando vorging, ist sehr viel zu danken. In allen Thoren unserer Stadt ziehen Wagen mit Dachsteinen herein, auch Arbeitskräfte, Glaser, Dachbeder u. s. w. sind von außerhalb herbeigezogen. Die Telegraphenleitungen sind ebenfalls zerstört und konnte der Depeschverkehr, der besonders gestern ein reger war, auf dem Bahnhof nur mit großer Mühe benützt werden. Die Klaff'sche Lagerbierbrauerei gleicht einer Ruine, der Besitzer derselben hat wohl den empfindlichsten Schaden gelitten; in der Habel'schen Fabrik ist ebenfalls nicht bloß das Gebäude, sondern auch die Maschinen und Borräthe arg deoastirt. Wenn unsere Stadt einen Tag lang mit Kanonen beschossen worden wäre, so könnte die Verwüstung nicht größer sein. Das Schützenhaus ist in den Mauern geborsten, das Dach abgedeckt; in der Köner'schen Fabrik stürzte ein Neben-Schornstein und wurde das Dach abgerissen, der Betrieb derselben ist glücklicherweise nicht gestört; die meisten der alten Linden an der Promenade wurden mit den Wurzeln ausgerissen. Fuhrwerke, die während des Sturmes auf der Straße standen, wurden fast umgedreht. Auf dem Kirchhofe möchte sich dem Beschauer das Herz zusammenkrampfen vor Schmerz bei dem trostlosen Anblick, in wohl der im Thale liegenden Stadt, als auch des Friedhofs selbst. Die schönen alten Bäume, eine Bierde derselben, liegen gebrochen und haben in ihrem Sturze Grabsteine und Gräber demolirt. — In Alt-Rehfeld ist das angerichtete Unglück größer, als man zuerst dachte, außer den vielen Wohnhäusern sind allein 10 Scheunen in Trümmer zerfällt. Auch über den Untergang der beiden Röhre auf der Ober hört man Einzelheiten. Es waren zwei leere Röhren, die oberhalb der Brücke standen; die eine wurde deoastirt, daß sie mit dem Boden nach oben kam; alle Insassen derselben ertranken; der Mann hat noch keinen gerettet werden, aber er versamelte die Hilfe, da alle die Seinen ihren Tod gefunden. Große Ballen sind d. v. von der Brauerei bis nach dem Rudwigschen Hofe auf dem Markt geworfen worden, so stark hauste der Sturm. Der angerichtete Schaden läßt sich bis jetzt noch nicht übersehen.

Reg., 12. Mai. Gestern Nachmittag erschog sich hier der Sergeant Werner vom 4. bay. Inf.-Regt. mit seinem Diensthunde. Als Motiv der That wird angegeben, daß er sich um seinem Feldwebel vergiftet und die Furcht vor Strafe für zum Selbstmorde getrieben habe. Werner war verheirathet und hinterläßt Frau und 2 Kinder.

Krafsau, 15. Mai. Von den in Dublin wegen Mordes gegen das Militär anlässlich der Verhaftung mehrerer Dominikaner angeklagten 25 Personen sind neun zu zweijähriger, drei zu einundeinhalbjähriger schweren Kerker und zwei zu einfacher Kerker in der Dauer von einem Jahre bis drei Monaten verurtheilt worden. Neun Angeklagte wurden freigesprochen.

Letzte Nachrichten.

Wie das „Neuer'sche Bureau“ erfährt, hat die englische Regierung beschlossen, ihre Einwilligung zu der Annexion der Neuen Hebriden durch Frankreich nicht zu geben.

Bei einem von den Konserwativen in Saint James Hall wider die Homerule Bill veranstalteten Meeting äußerte Lord Salisbury, es sei Grund zu der Hoffnung, daß die hiesigen Vorlagen der Regierung innerhalb einer Woche der Beschluß angeordnet würden. Das Ergebniß der Homerule-Bill würde eine Trennung Irlands vom Reiche sein, selbst wenn Gladstone und Barnell wünschen sollten, die Union aufrecht zu erhalten. Als Gegenplan empfahl Lord Salisbury die konsequente Aufrechterhaltung des Gesetzes für die nächsten 20 Jahre und Forderung der Massenauwanderung auf Staatskosten. Hinsichtlich auf die vorausgehende baldige Auflösung des Parlaments betonte Lord Salisbury schließlich, daß der Wahl solcher Abgeordneten, welche die Union aufrecht erhalten wissen wollten, jede andere Rücksicht untergeordnet sei.

Es heißt, die Regierung denke nicht daran, die Homerule-Vorlage zurückzuziehen. Da unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Bewerfung der Bill nicht länger bezwecklich werden kann, darf die sofortige Auflösung des Parlaments als gewiß betrachtet werden. Die Abstimmung wird am Freitag erwartet. Gladstone soll geäußert haben, er fürchte das Ergebniß der Berufung an das Land nicht und sei sehr überzeugt, die Neuwahlen würden zu Gunsten seiner tuischen Pläne entscheiden. Die Tories werden wahrscheinlich die Siege der jüngeren Liberalen, welche gegen Homerule gestimmt haben, respektieren.

Wie das „Neuer'sche Bureau“ erfährt, widerspricht die chinesische Regierung jedem Arrangement zwischen Frankreich und dem Vatikan, welches bewirke, die Befugnisse des Vatikans zu entscheidenden päpstlichen Nuntius durch das Vizekonsulat Frankreichs über die katholischen Missionen in China einzuschränken.

Die Nachricht, daß Paul Grottkau (der frühere Redakteur der „Berliner Freien Presse“) zu den Anstiftern der Unruhen in Chicago gehört, wird durch den „Sozialdemokrat“ bestritten. Derselbe sei zwar lange Redakteur der „Chicagoer Arbeiter-Zeitung“ gewesen, aber von den Anarchisten 1884 aus der Stellung entfernt worden. Er sei in hervorragender Weise für die Achtstundebewegung thätig, aber im Auftrage der Sozialisten; mit den Anarchisten, insbesondere mit Ross, habe er keinen bestiger Gesinnung.

Der deutsche Bundesrat hat dem Antrag auf Einschränkung der Oeffentlichkeit beim Gerichtsverfahren zugestimmt.

Briefkasten der Redaktion.

E. G. Paris. Brief erhalten. Demnächstige Berichtigung.

Stellmacher B. Schreiben Sie künftig nur auf einer Seite des Papiers, wenn Ihre Einwendungen aufgenommen werden sollen.

R. J. Steifswalderstraße. 1. Daß der eine Verlesung überwachende Polizeikommissar sich bei Auflösung derselben dem Helm aufsetzen muß, ist höchstens eine instruktive Bemerkung, deren Nichtbeachtung keinerlei rechtliche Folgen hat. 2. Daß ein Arbeiter in lauten Worten seine Verwundung darüber ausdrückte, daß der Polizeikommissar sich den Helm bei der Auflösung nicht aufsetze, kann ihn nur dann strafbar machen, wenn er entweder den Beamten irgendwie beleidigt hat, oder in seinen Worten die Aufforderung an die Anwesenden enthalten war, den Saal trotz der Auflösung nicht zu räumen.

B. N. 26. 1. Das Sterbefallensbuch, welches der Inhaber bei Begebenheiten seiner Frau schriftlich verkauft hat, gehört der Frau und kann für etwaige Nachlassschulden nicht mit Verfall belegt werden. 2. Hinsichtlich der Verdingung des Schreibens des Befehl nur vor, daß der überlebende Ehegatte den verstorbenen anständig begraben lassen muß, und zwar, wenn der Nachlaß zur Deckung der Kosten nicht ausreicht, auf eigene Kosten. Was unter anständiger Begräbnis zu verstehen ist, richtet sich nach den Vermögensverhältnissen der Eheleute. Die Kosten für einen Leichenschmaus und ähnlichen Luxus fallen darunter keineswegs. 3. Nein.